

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Beitzelle 40 Pfg. **Telephon Nr. 585**

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Wir adeln das Werk.

Keine Handlung ist so geringfügig, daß, wofern sie eine gute ist, nicht irgend eine Tugend durch sie gefördert oder gelübt werden könnte. Grundende, unangenehme Geschäfte, wenn sie zu nichts anderem gut sind, eins können sie doch üben: die Geduld. So kommt es in allem, was wir ergreifen, oder was das Leben uns schickt, darauf an, wie wir es tun, wie wir es aufnehmen, was wir uns dabei denken. Alles kann durch veredelt werden, wenn wir selbst edel sind. Darum verachte also kein Geschäft, das dir zu tun obliegt, sofern es nicht ein an sich unwürdiges ist! Das Werk adelt nicht uns — wir adeln das Werk!

Es liegt ein dauernder Adel und festes etwas Heiliges in der Arbeit. Wäre der Mensch auch noch so wenig seines hohen Berufes eingedenk, so berechtigt er doch immer noch zu Hoffnungen, so lange er wirklich und ernstlich arbeitet — nur im Müßiggange liegt ewige Verzweiflung. Arbeit steht, sei sie auch noch so niedrig und materialistisch, stets im Zusammenhang mit der Natur. Schon der Wunsch, Arbeit zu verrichten, leitet immer mehr und mehr zur Wahrheit und zu den Gesetzen und Vorschriften der Natur, welche Wahrheit sind.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter.

In wenigen Jahrzehnten werden es hundert Jahre sein, daß dem deutschen Staate ein neuer, vierter Stand, derjenige der Lohnarbeiter geworden ist. Die altüberlieferte Klasseneinteilung in Adel, Bürger und Bauern ward aufgehoben, die Vorrechte und Privilegien fielen und aus dieser grundlegenden sozialen Bewegung ward der neue Stand geboren, dessen Eingliederung in die Gesellschaft die Aufgabe des kommenden Jahrhunderts sein wird, wie Robbertus sich ausdrückte. Man ließ diesen neuen Stand im Anfang, ohne sich im Drange der übrigen Geschlechte auf ihn zu besinnen und sich seiner anzunehmen, sich allein heranzubilden. Erst als die Um- und Neubildungsbestrebungen in Staat und Kirche und Wissenschaft zu einem gewissen Abschluß gekommen waren, da fielen die Blicke auch auf die Lage in der Industrie und auf die Arbeiterwelt. Das Aussehen war ein unsober, raschenberes, peinlicheres, als man alles in schönster Ordnung geglaubt hatte. Statt dessen sah man nun ein wildes Kämpfen und Ringen, ein wildes Auf und Nieder, sah Tausende in Elend und Not und ganze Bevölkerungsgruppen in allerärmlichster Lage sich abquälen. Nachdem in den Kreisen des neu gebildeten Standes sich auch bald revolutionäre Tendenzen bemerkbar machten, stand man der dadurch geschaffenen neuen Situation zunächst in allen Lagern und Parteien in voller Ratlosigkeit gegenüber.

Man versuchte, Mittel und Wege zu finden, den neuen Stand, der erst im Entstehen war, nicht in die überkommene Gesellschaft einzugliedern, sondern ihn ihr als ein mehr oder minder notwendiges Übel anzugliedern. Und man ging dazu über, daß man die reißlose Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit zu erreichen suchte. Man versuchte Arbeitgeber und Arbeitnehmer dadurch einander näher zu bringen, daß man wenigstens theoretisch auch den Gedanken einer gewissen Anteilnahme des Arbeiters an der Rentabilität der Fabriken propagierte. Dadurch sollte einerseits der fortschreitenden Proletarisierung Einhalt getan, die Stabilität des Arbeitsverhältnisses und damit die Betriebsicherheit gegenüber Lohnbewegungen gewährleistet werden.

Auf dieses Endziel waren alle ähnlichen Bestrebungen gerichtet, mochten sie auch in der äußeren Form verschieden sein. Von der Formel, „die Organisation der Produktivkräfte zu organisieren“, die gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts in der französischen sozialistischen Literatur auftauchte, führt über die Arbeit eines Vater Theodorus und die Bestrebungen Ottelers, den Arbeitern einen Teil des Geschäftsertrages zukommen zu lassen, auf den An-

spruch haben“, der Weg zur Gewinnbeteiligung der Arbeiter von heute.

Veruche im Ausland.

Im allgemeinen gilt als Ursprungsland der Gewinnbeteiligung Frankreich. Anfangs der vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts wurde sie dort von einem Baumeister in Paris (Leclair) eingeführt und von weiten sozialinteressierten Kreisen mit großen Hoffnungen betrachtet, umso mehr, als bald eine ganze Reihe von Versuchen gleicher Art folgten. Tatsächlich wurde aber der erste Versuch einer regelrechten Gewinnbeteiligung der Arbeiter bereits im Jahre 1829 von einem größeren Grundbesitzer in England gemacht, der viel auf Reisen tätig war, und sich vom Anteil seiner Arbeiter am Gewinn eine intensivere Arbeitsleistung auch ohne Beaufsichtigung versprach. Die in England rascher und eher wie in übrigen Ländern durchgeführte Industrialisierung Wite hat weitere praktische Versuche auf dem Gebiete der Gewinnbeteiligungswesens aus, weil viele unternahmer für die Hoffnung hingaben, daß die Gewerkschaftsbewegung dadurch vor ihren Toren Halt machen würde. Diese Hoffnung hat sich freilich nirgendwo, weder in England noch in andern Ländern ganz erfüllt; auch andere Wohlfahrtszweckrichtungen, Kassen u. a. m., die man mit der Gewinnbeteiligung verband, vermochten das steigende Verlangen nach Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses, vorbereitet durch den Anschluß der Arbeiter an die gewerkschaftliche Organisation, nicht aufzuhalten. Im Gegenteil, nachdem von einzelnen Firmen da und dort als Bedingung für die Teilnahme an der Gewinnbeteiligung „die Nichtzugehörigkeit zu einer Arbeitervereinigung“ gefordert wurde (z. B. South Metropolitan Gas Co. in London), wurden die Arbeiter mißtrauisch. Darum hat das System der Gewinnbeteiligung auch in dem industriell so hoch entwickelten England nicht nur keine Fortschritte gemacht, sondern muß sogar bedeutende Rückschläge verzeichnen. Nach einer Statistik des englischen Handelsamtes, deren Ergebnis die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ mitteilt, haben seit dem Jahre 1829 bis Ende Juli 1908 in ganzen 198 britische Firmen ihren Arbeitern eine Gewinnbeteiligung zugestanden. Von diesen 198 Betrieben haben bis zum gleichen Zeitpunkt bereits 133 Unternehmen die Beteiligung wieder aufgegeben und von 16 Firmen, die an früheren Jahren eine Gewinnbeteiligung eingeführt hatten, erhielt das Handelsamt überhaupt keinerlei Mitteilung, sodaß die Annahme, daß nur mehr 49 Firmen ihre Arbeiter am Gewinn sich beteiligen lassen, ziemlich naheliegend ist.

Das Gewinnbeteiligungsproblem in Deutschland.

In Deutschland liegen die Verhältnisse, trotz des Entstehens einer ganzen Literatur zu dieser Frage ziemlich ähnlich. Dr. Böhmert gibt in seinem Buche: „Die Gewinnbeteiligung für Deutschland 30 gewerbliche Gewinnbeteiligungsfirmen an. Nun ist dieses Buch allerdings schon 1902 erschienen, aber dafür scheinen mir manche der angeführten Firmen unter Gewinnbeteiligung auch das von der Arbeiterschaft als leidende Person empfundene und von fast allen Sozialpolitikern so sehr verpöhtete Prämien-system verstehen zu wollen, sodaß auch heute, trotz der Agitation der gelben Gewerkschaft in der jüngsten Zeit, die Praxis der Gewinnbeteiligung sicherlich noch auf dem alten Fleck steht, wenn sie nicht gar, was wahrscheinlich ist, eine weitere Einbuße erlitten hat. Es sind, außer der optischen Fabrik von Zeiß in Jena, nur wenige und meist kleinere Firmen, die die Gewinnbeteiligung einführen. Diese erstere Fabrik war freilich durch eine Reihe besonderer Umstände und die Art Monopolstellung, die die Firma einnimmt, von vornherein für eine solche Einrichtung mehr begünstigt. Einen genauen Einblick in die Wirkungen der Gewinnbeteiligung in einem mittleren Betrieb gewährt die Salostienfabrik von Heinrich Dreesse in Niederjöhnhäusen.

Der Inhaber teilt in seinem vor kurzem erschienenen Buche (Heint Dreesse: Die konstitutionelle Fabrik. 170 Seiten. Preis 1,50 Mark. Jena 1909.

Gustav Fischer.) in dem er alle wichtigen Erfahrungen der letzten 25 Jahre in seinem „Fabrikparlament“ an uns vorübergehen läßt, mit, daß seit Einführung der Gewinnbeteiligung in seinem Betriebe im Jahre 1888, an die Beamten seiner Firma 116,317 Mark, an die Arbeiter (seit 1890) 82,644 Mark, an die Unterstützungskassen der Betriebe 34,425 Mark, insgesamt 233,388 Mark gezahlt wurden. Das ist eine stattliche Summe; man darf aber nicht vergessen, daß in dem gleichen Zeitraum auch 4,750,000 Mark an Lohn und Gehalt ausbezahlt wurden. Der geringste Betrag vom Lohne, der als Gewinnanteil der Arbeiter ausbezahlt wurde, war 0,44 Prozent, der höchste 4,89 Prozent. Das macht pro Jahr — da ein Drittel des Anteiles zur Arbeiter-Unterstützungskasse der Fabrik geschlagen wird — im ersten Falle etwa 4,40 Mark, im zweiten aber 48,90 aus. Ein Betrag, der für Arbeiterverhältnisse immerhin ins Gewicht fällt.

Enttäuschungen.

Eine allgemeine Durchführung der Gewinnbeteiligung wird, wie die wenigen Zahlen, die ich aus einem industriell hochentwickelten Lande anführen konnte, beweisen, immer nur ein Traumgebilde bleiben, wenn es auch noch manchen Sozialtheoretikern willkommenen Stoff zur Propaganda geben wird. Mag der Grundgedanke an sich gesund sein, die Motive, welche die große Mehrzahl der Arbeitgeber, die sich bisher darin betätigten, dazu bestimmte, waren ungesund, weil sie in der Hauptsache auf die Möglichkeit einer Ausschaltung oder wenigstens Zurückdrängung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen hinstellten. Nun heißt ja der Lieblingspruch nüchternen Politiker, der auch in der Praxis vielfach angewendet werden muß: Ueber Motive wird nicht abgestimmt! Einverstanden; aber gerade, weil eben der weitaus größte Teil der Arbeitgeber mit den Motiven, aus welchen da und dort die Gewinnbeteiligung entstand, enttäuscht wurde, blafen einflussreiche Organe, wie die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ (Nr. 52, 1909) zum Rückzug, indem „von der vollständigen Erfolglosigkeit der gesamten Gewinnbeteiligungsbewegung“ gesprochen und konstatiert wird, daß „auf seiten der Unternehmer inzwischen mehr und mehr die Erkenntnis Platz gegriffen hat, daß mit derartigen Mitteln die nun einmal bestehende grundsätzliche Gegensätzlichkeit zwischen Kapital und Arbeit nicht aus der Welt zu schaffen ist.“

Voraussetzungen der Gewinnbeteiligung.

Wenn man diese harte wirtschaftliche Tatsache grundsätzlich und aus der wirtschaftlichen Entwicklung heraus auch praktisch erkennen muß, so ist damit doch nicht gesagt, daß nicht einzelne Betriebe mit dem System der Gewinnbeteiligung gute Erfahrungen machen können, besonders da, wo der Betrieb und seine oberste Leitung noch persönlich ist und nicht durch eine unpersönliche Aktiengesellschaft verkörpert wird. Freilich, eine wirkliche Gewinnbeteiligung ist wohl nur möglich in den Großbetrieben, die bei ausgebauten maschinellen Einrichtungen wenig Arbeiter nötig haben. Dadurch käme selbst bei großen Gewinnen nur ein niedriger Divisor in Betracht, so daß die anfallenden Gewinne für den einzelnen Beteiligten einigermassen bedeutend würden. In der übergroßen Mehrzahl der Betriebe werden jedoch auch viele Arbeiter beschäftigt und infolge dessen gehen selbst relativ hohe Gewinne in so viele kleine und kleine Teile auf, daß der Arbeiter mit einer tariflich festgelegten Lohnhöhe sich schwerlich besser daran ist, als mit dem oft stillen Bewußtsein, nun selbst Unternehmer zu sein. Jedenfalls aber sind, wenn in einem Betriebe die Gewinnbeteiligung eingeführt wird, und sie auch für die Arbeiter das sein soll, was sie sein kann: nicht eine lästige Wohlstands-einrichtung, sondern ein Antrieb zu tüchtiger Schaffen, folgende Bedingungen als selbstverständlich vorauszusetzen: Angemessene Entlohnung, gute Behandlung, hygienisch auf der Höhe stehende Betriebsstätten, mäßige Arbeitszeit und uneingeschränkte Selbständigkeit außerhalb des Betriebes. Wo diesen Bedin-

gingen im vollen Umfange Rechnung getragen wird, wo insbesondere der vereinbarte Arbeitslohn dauernd die der Billigkeit entsprechende Höhe hat, wird der Arbeiter erfahrungsgemäß auf einen Anteil aus dem meist schwankenden Reingewinn im allgemeinen ohne hin leicht verzichten. Wenn aber der Arbeitgeber, unter Beobachtung der vorerwähnten Voraussetzungen, in Form einer Beteiligung am Geschäftsgewinn, aber unter Ausschluß des odlosen „Prämien-systems“, noch gerne ein Uebrigtes tut, ist eine solche Extraver-gütung nur zu begrüßen.

Eine „konstitutionelle Fabrik“ der gedachten Art wird man sich gerne gefallen lassen können. Wie schwer es aber ist, all diese Forderungen zusammen durchzuführen, ohne, wenn auch nur scheinbar die Rechte der Arbeiterschaft zu schmälern, beweist gerade die Preesehe „Fabrik“, die wohl als eine Art Musterbetrieb des „konstitutionellen“ Systems gelten kann. Auch hier blüht es mir als ein großer taktischer Fehler — unantworte Motive vermute ich dabei gar nicht — daß auf die Unterstellungen und Pensionen „ein rechtlicher Anspruch niemanden zusteht.“ Man wird einem Manne wie Freese gerne glauben, daß er das nur tat, um zu verhindern, daß sich die Behörden in die Verwaltung einmischen“, und um die Leistungsfähigkeit der Rasse zu erhalten. Gerade deshalb gibt die Rasse, trotz der Versicherung, „daß niemand die Beträge als Almosen empfängt, sondern daß jeder durch seine Beiträge ein begründetes Anrecht darauf erworben hat“, aber doch nicht das Gefühl absoluter Sicherheit. Und obendrein: die konstitutionelle Fabrik — so sehr man bestimmen muß, wenn sie ihre Angelegenheiten möglichst selbst regelt — darf prinzipiell doch nicht so weit gehen, den Staat lediglich zu Nachwächterdiensten zu verwickeln. Denn dieses System war erfahrungsgemäß dasjenige, an das die Arbeiter noch mit Schrecken denken, und das sie deshalb auch so strikte ablehnen, wenn es in die Programmsätze des gelben Vereinswesens gewickelt ist.

Die Kapitalbeteiligung der Arbeiter.

Es wäre in diesem Zusammenhange noch einiges zu sagen über die Frage der Kapitalbeteiligung der Arbeiter an den Betrieben; eine Forderung, die der „Gelbe Arbeitsbund“ in sein Programm aufgenommen hat, um die Arbeiter wieder zu indirekten Mitbesitzern der Produktionsmittel zu machen.“ Der deutsche Reichstag hatte sich vor kurzem mit einer Petition der gleichen Vereinigung zu befassen, die eine Abänderung des Aktiengesetzes, das gegenwärtig den Betrag einer Aktie auf mindestens 1000 Mk. festsetzt, dahingehend anstrebte, daß Arbeiteraktien zu 50 Mark ausgegeben würden. Ueber den Antrag wurde jedoch von der Regierungsvertretung und der Petitionskommission zur Tagesordnung übergegangen, mit der Begründung von Seiten des Regierungsvertreter, daß man bei Einführung des Gesetzes über die Aktiengesellschaften namentlich auch erwogen habe, daß diejenigen Kreise, welche durch die Mindestgrenze von 1000 Mark dem Handel mit Aktien ferngehalten werden sollten, in der Regel nicht in der Lage seien, die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Gesellschaft richtig zu beurteilen, und bei Erwerb oder Veräußerung von Aktien den richtigen Zeitpunkt zu wählen. Es sei keine Gewähr dafür gegeben, daß der Arbeiter die Verhältnisse des Unternehmens, in welchem er arbeite, richtig zu beurteilen vermöge und seine Ersparnisse nicht einem mangelhaft fundierten Unternehmen anvertraue. Bei schlechtem Geschäftsgang läuft der Arbeiter alsdann Gefahr, nicht nur seine Arbeitsstelle, sondern mit dieser auch seine Sparsperrnisse zu verlieren. Dadurch würden die sozialen Nachteile keineswegs übertrückt, sondern nur verschärft werden, da der Arbeiter als Konkurrent des Kapitalisten stets im Nachteil bleiben wird. Daß endlich die Reibungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaft auch dieser Art „konstitutioneller Fabrik“ nicht fern bleiben, beweist der Fall auf den Kohlenfeldern der Firma Henry Briggs & Co. in Yorkshire, wo durch das Verbot an die Arbeiter, den Vereinigungen der Gewerkschaft beizutreten, die Einrichtung nach dreijährigem Bestehen zu scheitern begann und bald ganz aufgehoben wurde.

So sehen wir in dem „konstitutionellen Betrieb“ ein gutes Stück Sonntagsgelbes, deren Verwirklichung sich eben die harten wirtschaftlichen Tatsachen der Wertungsarbeit der Gegenwart zwischen Kapital und Arbeit, den niemand aus der Welt schafft, hindernd in den Weg stellen.

Im allgemeinen muß die Forderung lauten: nicht konstitutionelles Arbeitsverhältnis mit der engen Beschränkung von Fabrik zu Fabrik, die das Solidaritätsgefühl von Arbeitgebern und Arbeitern lähmend beeinflusst, sondern kollektiver Arbeitsvertrag mit tariflich festgelegten Bedingungen, abgeschlossen zwischen den Vertretern der beiderseitigen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber. Und daß dieser Gedanke marxiert, beweist die jüngste amtliche Untersuchung hierüber, nach deren Ergebnissen am 1. Jan. 1909 im Deutschen Reich insgesamt 5671 Tarife in Kraft waren, die 120 401 Betriebe mit 1 028 425 beschäftigten Personen umfaßten. Diese Entwicklung läßt sich als ein Beweis für die zu den besten Erwartungen berechtigend, auch noch weiter Bahn brechen. Dies umso schneller, je mehr die Arbeiter auf der ganzen Linie zur Erkenntnis ihrer Rechte

kommen und sich ihren Berufsorganisationen anschließen. Besonders notwendig ist das in der Metallindustrie, wo der Tarifgedanke durch die Schuld der unorganisierten Arbeiter gegenüber anderen Gewerben so weit zurück geblieben ist.

Durch Kampf und Ringen bereiten sich heute neue Formen gewerblicher Lebens vor, die, außerhalb des Kreises der Wohlfahrtsvereinigungen und der Wohlfahrtspolitik, aber auf der Basis der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterorganisation stehend, den Stempel des Friedens an sich tragen und ein gedeihliches Zusammenarbeiten gewährleisten.

M. Wastinger.

Lehren aus dem schwedischen Niesenstreit.

Der gewaltige Kampf, der sich im vorigen Jahre zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum Schwedens abgepielt hat, endete trotz der bewundernswürdigen Opferwilligkeit und zähen Standhaftigkeit der Arbeiter für letztere ohne direkten Erfolg. In zwei sehr schmerzlichen Artikeln des „Zentralblatt“ (Nr. 3 und 4, 1910) wird ein Rückblick auf diesen Niesenkampf geworfen und in einem Nachwort werden sodann folgende Lehren daraus gezogen:

Ein Kampf wie der schwedische, ist nicht nur der Prüfstein für manche bisher von unmittelbaren und mittelbar interessierten verfochtene Theorie, sondern erteilt auch in vielen Beziehungen und nach den verschiedensten Seiten recht eindringlich seine Lehren. Und nicht nur die direkt Beteiligten sollten denselben Beachtung schenken, sondern auch die Allgemeinheit im weitesten Sinne des Wortes darf nicht gleichgültig daran vorbeigehen.

Für die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen Schwedens nicht nur, sondern auch für die beiderseitigen Kontrahenten des Arbeitsvertrages aller Länder kommt der schwedische Niesenkampf als der erste Versuch eines organisierten wirtschaftlichen Generalstreikes in Betracht. Das zusammenfassende Urteil über den Ausgang dieses Versuchs kann nicht anders als dahingehend lauten, daß er völlig mißlungen ist. Mißlingen ist auf keiner Seite errungen worden. Unso einschneidender dagegen wird das negative Resultat sein.

Das Organisationsprinzip kann seinen weitestgehenden Ausdruck nur in der Herbeiführung eines bewaffneten Friedens finden. Nur in diesem Sinne aufgefaßt kann das Aufgebot einer stärkstmöglichen organisierten Macht auf beiden Seiten eine Gewähr des gewerblichen Friedens sein. Eine entsprechende Erziehung muß eine solche Auffassung zum Allgemeinut der Organisierten zu machen suchen. Vor allen Dingen wird auf die Ausbildung des Verantwortungsbegriffs ein großer Nachdruck zu legen sein. Das Gegenteil davon scheint in Schweden der Fall gewesen zu sein. Nicht zur Verschärfung des Bewußtseins von der wachsenden Verantwortung hat das außergewöhnlich kräftige Anwachsen der Organisationen gedient, sondern zur Anregung eines gefährlichen Machtstrebens. Je mehr die Zeit vorwärts drückt, desto stärker wurde der Eindruck, daß hier in beiden Lagern ein Verlangen nach Streit bestand.“ (Marcus in der „Soziale Praxis“) Unter solchen Umständen kann die leichtfertige Ueberschreitung der in den Tarifverträgen errichteten Schranken kaum noch wundernehmen. Freilich war schon die knirschulartige Fassung dieser Verträge allein, insbesondere durch die teilweise Aufnahme der Erlaubtheit von Sympathieausstellungen, ein Spielen mit dem Feuer. Die Tarifinstitution kann nur dann ein Friedensdokument sein, wenn sie von beiden Seiten ehrlich als ein solches aufgefaßt wird. In den materiellen Bedingungen, unter denen ein Tarifvertrag zustande kommt, wird sich ja stets die jeweilige Stärke der kontrahierenden Organisationen widerspiegeln — woraus sich für die Arbeiter immer wieder die Notwendigkeit der möglichsten Stärkung ihrer Berufsvertretung ergibt. Damit aber die Institution nicht zur lächerlichen Farce werde, deren man sich in solchen Zeiten bedient, wo es mit dem eigenen Interesse verträglich ist, um sie dagegen im entgegengesetzten Falle in die Kumpfkammer zu werfen; damit also der Wert der Verträge kein illusorischer werden kann, darum fordern wir die gesetzliche Regelung, die in erster Linie dafür zu sorgen haben wird, daß das Dokument ein Dokument sans phrase, ein Urkunde sei, die nicht zum Spielball von Interpretations-Künstlern ausarten darf.

Natürlich ist mit der einwandfreien Sicherstellung des Tarifvertrages in der Theorie allein nicht viel getan: die beiderseitigen Vertragsschließenden müssen auch die Respektierung der einmal getätigten Verträge zu garantieren in der Lage sein. Neben dem auch hier wieder zu fordernden Verantwortlichkeitsgefühl erhebt sich deswegen weiter die Forderung nach strenger Zentralisation der kontrahierenden Verbände, bei deren Durchführung namentlich nicht über eine falsch verstandene Demokratie gestöpert werden darf. Es muß ausgeschlossen sein, daß, wie in Schweden, einige gegen die Zentralisierungen opponierende lokale Fraktionen den Anstoß

zu Kämpfen von derartiger Tragweite geben können. Eine solche Auffassung von der gewerkschaftlichen „Demokratie“ führt einmal in Zeiten daniederlicgender Konjunkturen, wo eine straffe Disziplin höchstes Gebot ist, zur Anarchie und ist geeignet, Er-rungenschaften, die das Ergebnis jahrelanger Kämpfe sind, mit einem Schlage total zu vernichten. Es muß damit gerechnet werden, wie empfindlich gerade in solchen Zeiten die öffentliche Meinung ist, deren Macht in dem schwedischen Niesenkampfe sich deutlicher denn je bewiesen hat.

Nach den Erfahrungen in Schweden könnte man fast geneigt sein, bei großen Kämpfen diese öffentliche Meinung als den ausschlaggebenden Faktor hinzustellen. Wir sehen, wie sie sich einmal gegen die Arbeiter und einmal gegen die Arbeitgeber entschied und wie in beiden Fällen sich die Chancen entsprechend umgestalteten. Das ist ein Grund mehr für die Arbeiter, in ähnlich gelagerten Fällen nicht abtrato zu handeln, nicht einer augenblicklichen Erregung die Zügel schießen zu lassen, sondern erst alle friedlichen Mittel auszuprobieren, dann aber an die öffentliche Meinung zu appellieren, was alsdann sicher nicht ohne Erfolg geschehen wird.

Dieselbe öffentliche Meinung, die an dem Streit nicht beteiligten Volksschichten haben aber auch den Glauben an die Wirksamkeit des Massenstreiks arg erschüttert, wenn nicht gänzlich zerstört. Was sich schon beim Agrarstreit in Parma (vgl. „Zentralblatt“ Nr. 15 und 16/08) zeigte, nämlich die Bahmlegung des Streiks durch bürgerliche „Arbeitswillige“, das trat in Schweden in viel stärkerer Maße in die Erscheinung und brach wenigstens in den wichtigsten Zweigen des öffentlichen Dienstes, die doch als die bedeutsamste Operationsbasis solcher Massenstreiks gelten, der Aktion der Arbeiter vornehmlich die Spitze ab. Eine italienische sozialdemokratische Zeitschrift („Critica sociale“) hat hierfür den nicht unzutreffenden Ausdruck der „direkten Aktion der Bourgeoisie“ geprägt. Sie machte die Arbeiter in ihrer stärksten Position kampfunfähig und verschlechterte ihre ohnehin nicht günstige Situation gegenüber der viel geschlosseneren Unternehmerrmacht.

Es erscheint uns müßig, zu untersuchen, wer von den beiden am Streit beteiligten Parteien die größeren Wunden davongetragen. Die Arbeitgeber waren infolge der schlechten Geschäftslage von vornherein in einer günstigeren Position, die außerdem auch noch durch die straffere Organisation und die größeren Mittel, wie durch die vielfach durchgeführte Streikversicherung gestützt wurde. Demgegenüber hatten die Arbeiter mit einer schnellen Erschöpfung ihrer pekuniären Mittel zu rechnen und konnten sie auch nicht durch die vielfach eingegangenen Mittel aus dem Ausland — es sollen über 2 270 000 Kronen (davon allein aus Deutschland 1 030 000) eingegangen sein — über Wasser gehalten werden, obwohl die ländliche Ansiedelung einen sehr großen Teil vor dem Elend bewahrte. Beide Teile dürften zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß Massenstreik und Massenausperrung von längerer Dauer sie durch den Rückschlag auf das ganze Erwerbsleben beide empfindlich schädigen, daß zumal den auf den Export angewiesenen Industrien der Lebensprozess völlig unterbunden werden kann, indem die auswärtigen Abnehmer sich anderen Märkten zuwenden.

Die Massenausperrung- und Massenausperrungs-Romanz kann somit nur eine arme Ernüchterung bringen, die ihre Reaktion in einer Verschärfung der bereits bestehenden Gegensätze finden muß. Die christlichen Arbeiter kann das alles nur in ihrer völligen Ablehnung der dem Generalstreik ähnelnden Kampfmittel bestärken.

Aber auch die ganze Gesellschaft hat ein Interesse daran, daß solche, das ganze nationale Leben empfindlich treffende Gewaltmaßnahmen unterbleiben. Ihre Aufgabe ist eine wesentlich vorbeugende, indem sie für eine Verminderung der Gelegenheiten zu solchen Maßnahmen Sorge tragen muß. Wie das zu geschehen hat, dürfte sich aus unserer Schilderung der inneren Ursachen des Niesenkampfes ergeben, indem wir als besonders aufreizend das Fehlen einer genügend ausgebauten sozialen Gesetzgebung empfinden mußten. Der Ausbau des Tarifvertragswesens fällt ebenfalls unter dieses Kapitel. Im übrigen können wir uns, soweit die Arbeiterseite in Frage steht, voll- und ganz der Schlussfolgerung von Dr. Elisabeth Georgi anschließen, die in ihrer Studie über den Generalstreik (Zena 1908) die Aufgaben der Gesellschaft in die Worte zusammenfaßt: „Nur dadurch läßt sich dem Unheil wirksam steuern, daß man den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachkommt, daß man ihnen Gelegenheit zur Teilnahme am öffentlichen und gewerblichen Leben gibt, daß man also ihr Interesse für die ungestörte Weiterentwicklung jener Gesellschaft weckt, von der sie doch selbst auch einen Teil bilden, und daß man in ihnen den Glauben an das alte Wort befestigt, mit dem schon Menenius Agrippa die „streikend u“ Mebeier zur Rückkehr nach Rom bewogen haben soll, daß, wie die Glieder für den Magen, der Magen auch für die Glieder unentbehrlich sei.“

Wer nachgibt mit Bescheidenheit
fährt wohl, doch Widerspenstigkeit
ist ein böses Gift zu verpfeifen:
Wer sich nicht gegen liegt, muß brechen

Rheinfelden vor dem badischen Landtag.

Am 4. März beschäftigte sich der badische Landtag in einer Sitzung ausschließlich mit den Begleitumständen des Streiks in Badisch-Rheinfelden. Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine mehr als zweistündige Rede des Herrn Dr. Wittmann, die sich in der Hauptsache gegen den Kollegen Engel richtete. Der Redner brachte dabei eine Anzahl Materialien vor, die uns bisher nicht bekannt waren und die erst nachgeprüft werden können, sobald das amtliche Stenogramm vorliegt. Für heute nur das Folgende:

Gegenüber der von uns herausgegebenen Broschüre „Der Kampf in B.-Rheinfelden“ konnte nichts von Belang entkräftet werden. Es ist natürlich, daß die Herren Regierungsbeamten ihre schon früher bekannte abweichende Auffassung, die in Erklärungen nieder gelegt ist, aufrecht erhielten und zu bekräftigen suchten. Weiter wurden uns zwei wesentliche Vorhaltungen gemacht und zwar:

1. Sollten wir eine wichtige Erklärung des Herrn Landeskommissärs Straub vom 9. Oktober nicht in die Broschüre aufgenommen haben. Wenn deren Aufnahme absichtlich unterdrückt worden wäre, würde ein solches Verhalten ohne Zweifel eine grobe Ungehörigkeit darstellen. Wir erklären indes auf das Bestimmteste, daß der Zentralrat des Verbandes, die das Material zusammenstellte, die förmliche Erklärung bis zur Drucklegung der Broschüre nicht bekannt war. Wir erfuhren von ihr erst aus dem Broschüren des Bezirksleiters des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu einer Zeit, als die Schrift sich schon im Druck befand. Zudem war der Inhalt dieser Erklärung nicht sehr wesentlich; er räumte nach dem Ergebnis der von uns angestellten Untersuchungen die vorhandenen gegensätzlichen Meinungen nicht aus. Wir wüßten aber auch nicht, was uns etwa veranlaßt haben sollte, diese Erklärung zu „unterschlagen“: in ihr wurde uns ja gerade Stoff gegen Herrn Landeskommissär Straub geboten! In ihr heißt es u. a.: „Das mir nachts 2 Uhr übergebene Schreiben, an das sich Herr Engel nicht mehr erinnert, ist von seiner Hand geschrieben.“ Das ist nicht richtig. Nicht Engel, sondern Kammerer war der Verfasser des fraglichen Briefes; Engel hat ihn lediglich unterzeichnet. Schrift und Unterschrift unterscheiden sich so nach sehr merklich. Nachdem Herr Landeskommissär Straub schon in zwei früheren Erklärungen sich etwas widersprochen hatte, war obige Tatsache ein weiterer Beleg dafür, daß, wie in diesem, so auch in anderen Punkten Herr Landeskommissär Straub sich geirrt haben könnte.

2. Auf Seite 61 der Schrift „Der Kampf in B.-Rheinfelden“ schreiben wir über das Urteil des Waldshuter Landfriedensbruchprozesses: „Der Streik wird als berechtigt anerkannt, die Arbeiter hätten sich in ihrer verzweifeltsten Lage zu ihrem Tun hinreichend lassen. Weiter hat der Prozeß unabweisbar deutlich dargetan, daß Engel sich mit allen Kräften um die Beruhigung der Menge bemüht hat.“ In dem Urteilstenor heißt es nun, daß das Gericht sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß es die Berechtigung des Streiks nicht zu prüfen gehabt habe; ebenso habe das Gericht angenommen, daß Engel der Urheber des Streiks gewesen sei. An diese eine Stelle knüpfte sowohl Herr Minister von Bodmann, wie Herr Dr. Wittmann und der badische Sozialistenführer Kolb an: ein Zeichen dafür, daß der Gehalt der Broschüre hieb- und stichfest gewesen sein muß. Weiter bleibt bestehen, daß fast alle Zeugen ausgesagt haben, Engel habe sich um die Beruhigung der Menge bemüht, was schon daraus hervorgeht, daß sich selbst der Staatsanwalt zu der allerhöchsten etwas seltsamen Auslassung verstieg: Engel habe „äußerlich beruhigt und innerlich gehetzt.“

Wie ist nun die angefochtene Stelle in unsere Broschüre gekommen? Als die Broschüre erschien, war der Urteilstenor noch nicht bekannt. Wir mußten uns sonach auf die Berichte der Tagespresse stützen. In der „Freiburger Post“ (Nr. 298) hieß es wörtlich: „Der Streik wird als berechtigt anerkannt, die Arbeiter hätten sich in ihrer verzweifeltsten Lage zu ihrem Tun hinreichend lassen.“ Damit ist auch dieser Kampf gegen die Zeitung unseres Verbandes entwertet. Es bleibt bestehen, was in der Broschüre gesagt wurde, daß nämlich für die leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften keine Verantwortung bestand, Engel etwa zu unrecht in Schutz zu nehmen.

Weiter bleibt bestehen, daß an der großen Differenz zwischen der Darstellung in der Broschüre einerseits und jener des Herrn Dr. Wittmann im badischen Landtag andererseits betreffend das Verhalten Engels Herr Dr. Wittmann selbst den größten Teil der Schuld trägt. Bei den Kölner Verhandlungen hat Herr Dr. Wittmann sein Material gegen Engel nur ganz spärlich vorgelegt und als die Kollegen Wieber und Stegerwald am 13. November in Karlsruhe waren, bei welcher Gelegenheit Herr Dr. Wittmann das Versäumte hätte nachholen können, hat er diese nicht empfangen.

Endlich sagte Herr Dr. Wittmann bei der Verhandlung im badischen Landtag, er sei sich nicht bewußt, gegenüber den christlichen Gewerkschaftsvertretern Drohungen ausgesprochen zu haben. Demgegenüber erklären wir:

a) In Köln führte sich Herr Dr. Wittmann am 27. Oktober damit ein, daß er sagte, wenn im Falle Engel kein Einverständnis erzielt werden würde, so würde er noch vor den badischen Landtag sich wählen (30. Oktober) eine Erklärung gegen die christlichen Gewerkschaften erlassen, die jedenfalls auf das Ergebnis der Wahl nicht ohne Einfluß sei. (Es wurde ihm allerdings geantwortet, daß die christlichen Gewerkschaften damit nicht getroffen werden könnten, da diese parteipolitisch neutral seien). Charakteristisch und bezeichnend bleibt ein solches Verhalten auf alle Fälle.

b) Eingangs der Kölner Verhandlungen am 28. Oktober sagte Herr Dr. Wittmann, wenn die schwebenden Differenzen nicht am heutigen Tage angegangen würden, so würde die Angelegenheit durch einen großen Prozeß mit einem Aufwand von mehr als 100 Zeugen ausgetragen werden; aus diesem Prozeß aber würde dann jedenfalls ein Meinungsprozeß entspringen. (Trotzdem keine Einigung erzielt wurde, ist bis heute keine der Drohungen wahr gemacht worden.)

c) Am 13. November äußerte sich Herr Dr. Wittmann einem christlichen Gewerkschaftssekretär gegenüber, wenn die Sache mit Engel nicht ins Reine gebracht werden würde, müßte er gelegentlich des bevorstehenden Landfriedensbruchprozesses gegen die christlichen Gewerkschaften Aussagen machen, die diese kompromittieren würden. Auf seine Urteile würde selbstverständlich großes Gewicht gelegt; man müsse bedenken, welche Stellung er einnehme.

d) Dem gleichen Gewerkschaftssekretär sagte Herr Dr. Wittmann am demselben Tage, wenn die schwebende Angelegenheit aus der Welt geschafft werden würde, dann würde er in dem Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion die Rheinfelder Vorgänge nur kurz streifen, und bemerken, daß der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Engel gegenüber aus den Geschehnissen loyalerweise die Konsequenzen gezogen habe, andernfalls wäre er gezwungen, zu schreiben, daß der Gesamtverband nicht imstande gewesen sei, die nötigen kräftigen Schritte zu tun, um aus dem Dilemma herauszukommen.

Diesen fortgesetzten Drohungen hat es Herr Dr. Wittmann gegenüber, daß ihm die leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften mit stets steigendem Mißtrauen begegneten und daß sie sich seinen Wünschen gegenüber nicht in besonderem Maße willfährig zeigten.

Schließlich sei noch auf einige Widersprüche hingewiesen.

1. Auch in der Sitzung des badischen Landtages ist an der Auffassung festgehalten worden, daß am Tage der Beilegung des Streiks abends um 11 Uhr Herr Landeskommissär Straub nicht mehr mit der Streikleitung verhandelt habe. Demgegenüber verweisen wir auf folgendes Protokoll:

„Etwa um 11 Uhr nachts wurde Engel vom Polizeidiener aus der Streikerversammlung in das nebenliegende Beratungszimmer gerufen. Eine Anzahl von etwa 15 Personen, darunter auch ich gingen mit hinein. Da erklärte einer der Regierungsbeamten, den ich mit Namen aber nicht kannte, daß die Lohnfrage bis zum 15. September geregelt werden sollte. Die Leute sollten sich zufrieden geben und sich ruhig verhalten.“

B.-Rheinfelden, 31. Oktober 1909.“

Das Protokoll trägt die Unterschrift zweier Arbeiter, die der fraglichen Unterredung beiwohnten. Sie erklärten sich bereit, ihre Angaben jederzeit zugeneigt zu erhärten.

2. Herr Dr. Wittmann erklärte im badischen Landtag, daß ihm die Arbeiter in B.-Rheinfelden gesagt hätten, sie würden nie in den Streik treten, wenn Engel ihnen nicht 3 Mark tägliche Unterstützung versprochen hätte. Das folgende Protokoll sagt das Gegenteil:

„Bezüglich der Unterstützungen erklären die Unterzeichneten: Engel hat nicht gesagt, daß jeder am Streik Beteiligte 3 Mark Unterstützung pro Tag erhalten sollte, sondern Engel erläuterte das Statut und erklärte, daß, wer 60 Pfg. pro Woche Beitrag bezahle, bis zu 18 Mark pro Woche oder 3 Mark pro Tag Unterstützung erhalten würde, nicht aber, daß alle ohne Unterschied dieselben erhalten sollten.“

B.-Rheinfelden, 31. Oktober 1909.“

Dieses Protokoll trägt 12 Unterschriften.

3. Am 12. November sagte Herr Dr. Wittmann zu Herrn Gewerkschaftssekretär Frankenberg, daß er die Beamten der badischen Fabrikinspektion angewiesen habe, keinen christlichen Gewerkschaftssekretär mehr zu empfangen. Dasselbe erklärte Herr Dr. Wittmann am 13. November gegenüber Herrn Gewerkschaftssekretär Eichenlaub. In seinem Schreiben vom 3. Dezember an Herrn Gewerkschaftssekretär Kiefer dagegen sagt Herr Dr. Wittmann, daß, weil Engel beim christlichen Metallarbeiterverband und beim Vorstand des Gesamtverbandes... Schutz und Beistand... gefunden hat... die Fabrikinspektion jeden Verkehr mit den christlichen Gewerkschaften abgebrochen“ habe. Vor dem 12. Dezember hatte Engel nicht den mindesten Schutz durch die leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften gefunden.

Was ergibt sich aus dem Dargelegten? Die leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften stehen auch heute noch trotz der mehr als zweijährigen Rede des Herrn Dr. Wittmann in der ganzen Angelegenheit makellos da. Danach ist auch die

Behauptung, die christlichen Gewerkschaften hätten sich gemeinsam auf dem Boden der Unwahrheit zusammengefunden, die früher in der sozialdemokratischen Presse aufgestellt und von Herrn Kolb im badischen Landtag wiederholt wurde, als sozialdemokratische Agitationsschlacht gebrandmarkt.

Die politische Neutralität der Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereine.

Zu dieser Frage hatten wir in Nr. 8 dieser Zeitung eine kurze Notiz gebracht, die die leitenden Instanzen der H.-D. Gewerksvereine in Bewegung gesetzt hat. Wir hatten an Land eines Leitartikels der „H.-D. Westf. Post“, der übrigens auch anderen Gewerkschaftsblättern erschienen ist, die sonderbare Neutralität der Hirsch-Dunckerischen Richtung mit ihren eigenen Worten etwas näher beleuchtet. Offenherzig und zutreffend war in dem erwähnten Artikel gesagt: „Neutralität sei Unfinn!“ Für einen Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereiner sei es undenkbar, der Sozialdemokratie gegenüber neutral zu sein; ebenso gegenüber dem Zentrum, den Konfessionellen und Christlich-Sozialen.

„Deshalb ergibt es sich von selbst aus der Praxis, daß dem Gewerksvereiner, der weiß, was er will, politische nur drei Parteien zur Verfügung stehen: die sozialistische Vereinigung, die freieinnige oder nationale liberale Partei, letztere soweit sie wirklich liberal ist. Das ist so klar und einfach wie unbedenklich.“

Um diese künstliche Umdeutung der H.-D. Neutralität hatten wir einige naheliegende Schlussfolgerungen geknüpft, die bei der Hirsch-Dunckerischen Zentralkommission in Berlin anscheinend schweres Unbehagen und eine ziemliche Aufregung hervorgerufen haben. Denn wie der „Regulator“ Nr. 9 auf der ersten Seite des Dittes mitteilt, hat sich der H.-D. Zentralrat in seiner Sitzung vom 23. Februar d. J. mit der Angelegenheit befaßt und in einer Entschließung den Verfasser des eingangs erwähnten Artikels in aller Form abgelehnt. Bei dieser Verfassung ist, wird bei der Gelegenheit auch berichtet, nämlich der H.-D. Verbandssekretär A. C. Erkelens in Berlin. In der vom Zentralrat beschlossenen Resolution wird „die Art des Vorgehens von Erkelens scharf verurteilt.“ Was eigentlich jenes, der Regulator noch hinzu, der angezogene Artikel von Erkelens sei dessen Privatansicht. Weber der Generalrat (des H.-D. Maschinenbau- und Metallarbeiter-Gewerksvereins) noch der Zentralrat hätten mit solchen Äußerungen etwas zu tun.

Das alles ist nur ein Spiel mit Worten, eine gequälte Berlegenheitsausrede. Es ist ja nicht das erstemal, daß Anton Erkelens von den H.-D. Zentralinstanzen mit „kräftigen Tadel“ abgelehnt wird, aber dieses abschütteln nimmt niemand mehr ernst, am allerwenigsten Erkelens selbst. Die H.-D. Zentralkommission macht sich allmählich mit dieser „Diplomatie“ selbst lächerlich. Denn so lange Erkelens trotz aller Desaburierungen in einer der einflussreichsten führenden Stellungen im H.-D. Lager gehalten wird, solange muß jeder denkende Mensch das immerwährende abschütteln als bloße Spiegelschere betrachten. Und etwas anderes ist es auch in der Tat nicht. Dem unwürdigen Herrn Erkelens wird man bei dieser Gelegenheit wieder eindringlich gesagt haben: „Aber, Anton, Anton, so was denkt man aber man sagt oder schreibt es nicht!“ Aber Anton, das Schreckensbild der „theoretisch neutralen“ Hirsch-Duncker, kümmert sich gar nicht darum und sagt und schreibt, was er will, was er um so leichter kann, weil die Wirklichkeit ihm Recht gibt.

Erkelens sagt zu seiner Definition der Hirsch-Dunckerischen Neutralität: „Das ist so klar und einfach wie nur denkbar.“ Der Zentralrat aber sagt das Gegenteil. Wo liegt nun die Klarheit? Die tatsächlichen Verhältnisse in der deutschen Parteipolitik wie in der Arbeiterbewegung beantworten diese Frage ohne weiteres zu Gunsten des Herrn Erkelens. Er hat mit seinen Darlegungen, — auch wenn wir sie mit dem „Regulator“ als die Privatansicht von Erkelens gelten lassen, und warum sollten wir dies nicht — gar nichts anderes niedergeschrieben, wie die vorhandenen Tatsachen nach der vollen Wirklichkeit. Dabei zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß Erkelens selbst viel lieber die Grenzen der Hirsch-D. Neutralität über besser: der von ihnen gewollten Weltanschauung viel weiter, z. B. auch auf die von ihm als unbedenkbar bezeichneten bürgerlichen Parteien ausdehnen würde, wenn es nur eben ginge. Aber bei der Struktur des politischen und geistigen Lebens in Deutschland ist dies unmöglich, was von Erkelens erkannt und ausgesprochen, von der H.-D. Zentralkommission aber vorsichtig bemäntelt wird.

Wenn Erkelens übrigens böshaft sein wollte, könnte er speziell dem „Regulator“ in ungezählten Fällen aus seinen eigenen Spalten nachweisen, daß er (der Regulator) im höchsten Grade inkompetent ist. Hat der „Regulator“ z. B. in Steuerfragen, Schulfragen und sonstigen mit der Politik und Weltanschauung zusammenhängenden Angelegenheiten, vornehmlich auch aus Anlaß der letzten Reichstagswahl, nicht stets nach den von Erkelens ausgesprochenen Gedankengängen gehandelt und geschrieben? Wir verzichten darauf, dem „Regulator“ diesen Spiegel mit markanten Ein-

zessellen selbst vorzuhalten, da uns die ganze Gesichte der S.-D. Neutralität kalt läßt, weil sie so oder so für unsere Bewegung ungefährlich ist. Der Effekt in der Praxis wird ja doch derselbe sein, ob Erteilung und sein Anhang Recht hat oder der Zentralrat; auf welcher Seite die Klaren Köpfe sind, mögen sie unsertwegen unter sich ausmachen oder ganz auf sich beruhen lassen.

Da sich der „Regulator“ aber wieder so viel auf die Neutralität der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine zu gute tut, wollen wir folgende Proben aus einer schon zu den Alten gelegten Korrespondenz doch noch zum Abdruck bringen. Darin kommt neben der politischen auch die religiöse S.-D. „Neutralität“ etwas näher zum Vorschein. Im Organ des S.-D. Fabrik- und Handarbeiterverbandes, „Der Fabrik- und Handarbeiter“ Nr. 23, 07 steht auf Seite 179 eine Notiz: „Wissen ist Macht und Bildung macht frei!“ Diese sucht die christlichen Bauernvereine Bayerns zu verhöhnern und schreibt dann in einer sich anschließenden Notiz über geistliche Bekehrer-erziehung folgendes, nachdem das „neutrale“ Blatt aus der „Frankfurter Zeitung“ die Bekehrer-erziehung, an denen sich 60 Bekehrer aus dem Rheinland und Nassau in der Benediktinerabtei beteiligten, wiedergegeben hat:

„Deutschland in der Welt voran — im Neuen! Es ist wahrlich kein Wunder, wenn unter dem Einfluß dergestalt gebillter Jugendbekehrer in den breiten Schichten unseres Volksnachwuchses sich nicht nur Widerwille gegen alles Kirchentum, sondern, was unendlich schlimmer, auch gegen Religion und religiöses Empfinden sich geltend macht.“

Wir fragen: Was geht ein Gewerkschaftsblatt die aus politischen Stimmungen Heraus geschriebene Notiz der Frankf. Zeitung an, wenn man nur wirtschaftliche Aufgaben lösen will? Interessant sind auch die journalistischen Dokumente des Fabrik- und Handarbeiterverbandes aus der neueren Zeit. Im „Fabrik- und Handarbeiter“ befindet sich in Nr. 17, 09 ein Leitartikel über den Hansabund, in dem wir folgende „neutrale“ Stellen finden:

„Parteiliche Gründe sind es auch, die die Zentrumsparlei Gift und Galle gegen den Hansabund speien lassen. Das böse Gewissen plagt sie. Agrarconservative und Zentrumsleute sind Kinder eines Geistes und verstehen es, wie unsere keine Finanzreform zeigt, sich prächtig zu ergänzen. Volksrechtung und Volksverbundung wachsen auf einem Holz, haben in uns freigeachtete Staatsbürger, das neben den Pflichten auch Rechte heischt, ein Dorn im Auge.“

Wir suchen und suchen, um wenigstens in der neuesten Zeit einen Schimmer von wahrer, von echter Neutralität in parteipolitischer und religiöser Beziehung in den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen zu finden, aber vergebens. Der „Fabrik- und Handarbeiter“ Nr. 19, 09 prahlt wieder in einem Artikel: „Arbeiter, wache auf!“ mit der politischen und kirchlichen „Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, um dann um so besser gegen die christlichen Gewerkschaften loszugehen. — Von denselben schreibt das S.-D. Blättchen:

„Den christlichen Gewerkschaften stehen die kirchlichen Kanzeln, die Reichskirche und sonstigen geistlichen Apparate zur Verfügung, die den Anschluß an ihre Organisation mit noch viel größerem Nachdruck herbeizuführen vermögen.“

Wenn das Blatt für diese Behauptung den Wahrheitsbeweis antreten sollte, dann würde es mit seinem Schwindel gehörig hereinfallen. Das, was man bei den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen vergeblich sucht: strenge parteipolitische und religiöse Neutralität, ist bei den christlichen Gewerkschaften vorhanden. Das beweisen die ständig wachsenden Mitgliederzahlen aus allen bürgerlichen Parteilagern.

Zu der gewerkschaftlichen Aufgabe des „Fabrik- und Handarbeiters“ zählt es auch, sich mit den Parteigruppierungen der Zukunft zu beschäftigen. Wir lesen darüber einen Artikel in dem genannten Blatt Nr. 20, 09. Dort findet man folgende „harmlose“ und „neutrale“ Worte:

„Von den rechtsstehenden Parteien, vom Höflich bis zum Unvorsichtiger und Dorfnachwächter, von Junkern und Priestern, ob geschietelten oder tonjurierten, hat das nach staatsbürgerlicher Freiheit verlangende deutsche Volkstum nichts mehr zu erwarten. Von rechts droht die Verkünderung und Verfeinerung, links winkt der Fortschritt.“

In der allgemeinen Rundschau derselben Nummer werden dann noch einige weitere Dokumente der parteipolitischen und religiösen „Neutralität“ mit-bergelegt. Ein Zitat aus dem „Bayr. Vaterland“ muß zur Verächtlichmachung der zur „Verherrlichung der Zentrumsparlei dienenden Katholikentage“ herhalten. Am Schluß des Zitats fügt das Blatt als selbständige Meinung hinzu:

„Diese Abgabe läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sunkter bleibt oben, ob er evangelisch oder katholisch getauft ist; im Himmel kommt er in die Profetenstube oder auf einen Speerfuß ins Paradies. Der elende Plebs nimmt mit dem Parteeer oder der Galerie fürcht.“

Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich streiten. Daß aber das oben gewählte Bild von religiöser „Neutralität“ der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine erzählt, werden wohl die Hirsch-Dunderschen Führer nicht im Ernst behaupten wollen. Diese Sorte Saperleberlei ist man sonst gewöhnt, im „Freidenker“ oder „Atheist“ vorzufinden.

Nun wird der S.-D. Zentralrat, wenn er konsequen sein will, nicht nur über Erteilung, sondern auch über den „Fabrik- und Handarbeiter“ zu Gericht sitzen und ihn abschütteln müssen. Er kann dann aber solange abschütteln, bis er mit seiner theoretischen „Neutralität“ noch ganz allein auf Hirsch-Dunderscher Flur steht. Das ist hart, aber wahr.

Gewerkschaftliches.

Verdärkung der Situation im Baugewerbe.

Die Zentralkasse des christlichen Bauarbeiterverbandes erläßt an der Spitze der letzten Nummer des Verbandsorgans „Die Baugewerkschaft“ Nr. 10 in Zellbrud folgende Aufruf:

„An die Mitglieder!
Die Lage im Baugewerbe hat sich so zugespitzt, daß die Aussichten auf eine friedliche Erledigung der bestehenden Differenzen auf ein Minimum gesunken sind.
Der Niesenkampf ist daher in greifbare Nähe gerückt. In einigen Wochen muß die Entscheidung fallen.“

Der Verbandsvorstand und der Ausschuss haben sich mit dieser Tatsache befaßt und beschlossen:

Der wöchentliche Beitrag ist in allen Klassen für sämtliche Mitglieder um 10 Pfg. zu erhöhen.
Außerdem empfiehlt der Verbandsvorstand und Ausschuss aufs dringendste, besondere freiwillige Extrabeiträge zu erheben und der Zentralkasse zuwenden.

Der Zentralvorstand und der Ausschuss sind nach eingehender Beratung zu diesem Beschluß gelangt. Die Stärkung der Hauptkasse muß im Hinblick auf die gegenwärtige Situation die oberste Pflicht sein. Es wird daher an die Opferfreudigkeit der Mitglieder appelliert und erwartet, daß der gefasste Beschluß auf der ganzen Linie einheitlich durchgeführt wird.“

Die sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände erheben einen Extrabeitrag für Kampfszwecke schon seit längerer Zeit. Durch einen längeren schweren Kampf im Baugewerbe würde die Metallindustrie in empfindlicher Weise in Mitleidenschaft gezogen werden. Die drohenden Störungen sind daher auch für die Metallarbeiter eine einbringliche Mahnung: Stärkt die Organisation, rüstet zum Kampf!

Mein Rückgrat.

Unter diesem Stichwort schreibt „Der Holzarbeiter“, unser Bruderorgan vom christlichen Holzarbeiterverband: „In den letzten Tagen lief bei der Geschäftsstelle des Verbandes folgendes Schreiben ein:

„Der Verbandsvorstand! Ich muß die Mitteilung machen, daß ich jetzt im freien Verbands bin. Die andern Kollegen waren alle dabei und nur ich beim christlichen. Da wurde mir bekenntgegeben, wenn ich nicht überträte, müßte ich verschwinden oder das Leben würde mir so verbittert, daß ich von selbst ginge. Also blieb mir nichts weiter übrig, als überzutreten. Einer gegen 17 Mann, der schafft eben nichts. Und sonst bin ich auch der einzige am Orte. Im Winter die Stellung zu wechseln ist auch sehr riskant, zumal ich der einzige Ernährer meiner Mutter bin. Hätte schon längst die Mitteilung gemacht, es wurde mir aber erklärt, dieselbe wäre schon von Berlin aus gemacht. Doch werde ich stets die gute Sache des christlichen Verbandes im Innern festhalten. Es war ja nur der äußersten Not wegen, denn lange genug habe ich mich allein gehalten. Mit kollegialem Gruß R. R.“

Spricht das Schreiben auch Wände über die Schwierigkeiten, die den christlichen Gewerkschaftlern, die auf einem exponierten Posten stehen, begegnen. So darf doch wohl festgestellt werden, daß es durchaus nicht gut ist, wenn den „Genossen“ die Sache so leicht gemacht wird wie in diesem Falle. Da müssen unsere Kollegen sich in mehr Rückgrad zeigen und ihren Raden steifen. Ohne jeden Schwertschlag überläßt man dem Gegner nicht das Feld. Noch weniger ist angebracht, „mit den Wölfen zu heulen“. Die „Genossen“ müssen ja so allen Respekt verlieren. Das einzig richtige wäre gewesen, die Taten der „freien“ Holzarbeiter-Verbandsler abzuwarten und dann darauf zuzugreifen, daß den terrorismuskünftler „Genossen“ Hören und Sehen verging. Was bringt zu Ehren? — Sieh wehren!“

Sehr richtig! Paßt auch für manchen christlichen Metallarbeiter.

Die Ideengemeinschaft zwischen den Gelben und Berliner Fachabteilungen

tritt immer deutlicher und unverhüllter in die Erscheinung. Jetzt heißt sich das gelbe Zentralorgan „Der Bund“ des Herrn Lebius, im Gewerkschaftsstreit offen auf die Seite der Fachabteiler und zieht mit Agitationswaffen von „Sieh Berlin“ in jeder Nummer gegen die christlichen Gewerkschaften zu Felde. Sogar Papst Leo XIII. wird nach berühmtem Vorbild nach dem vielgenannten Lebius, ausgerechnet von Lebius, als Kronzeuge gegen die christlichen Gewerkschaften ausgespielt. Mit welcher Sachkenntnis der gelbe „Bund“ diese Fragen behandelt, geht aus dem einen Umstand deutlich genug hervor, daß der ehemalige Sozialdemokrat Lebius die „

deutsche Arbeiterzeitung“ als Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften betrachtet und darauf ganz konfuse Schlussfolgerungen aufbaut. Den Herren von „Sieh Berlin“ gönnen wir diesen Bundesgenossen neidlos. Wir begrüßen es sogar, weil dadurch manchem Schwankenden im katholischen Lager doch die Augen über den wahren Charakter der Fachabteilungs-idee ausgehen müssen.

Noch interessanter wie diese allgemeine Geistesgemeinschaft zwischen Gelben und Fachabteilungen ist ein Vorgang aus dem gelben Sumpf in Essen aus den letzten Tagen. Der gelbe Werkverein der Firma Krupp hat nämlich eine Anzahl katholischer Mitglieder veranlaßt, durch einen phrasenreichen Aufruf einen heftigen Vorstoß, gegen die Zentrumsparlei und deren politische Tagespresse in Essen zu unternehmen. Das Sammelurium, das die betörten 16 katholischen Werkvereiner mit ihrer Unterschrift becken, würde uns gar nicht interessieren — die Abwehr darauf steht den angegriffenen Essener Tageszeitungen zu — wenn hier nicht wieder seitens der Gelben die Berliner Fachabteilungen als Bundesbrüder reklamiert und ausgespielt würden. Es heißt nämlich u. a. in dem gelben Elaborat:

„Die ruhigen katholischen Arbeiter, welche von den unchristlichen Machinationen (11) der „christlichen Gewerkschaften“ nichts wissen wollen, wenden sich den katholischen Fachabteilungen, den (gelben, b. W.) Werkvereinen oder den vaterländischen (lies: gelben, b. W.) Arbeitervereinen zu, die in Bezug auf die Verteilung der leistungsfähigen Streiks und des Vorgehens der Streikgewerkschaften überhaupt im wesentlichen übereinstimmen.“

Ein nettes Bildchen, nicht wahr! Die Gelben bedienen sich schon der Berliner Fachabteilungen als Bundesgenossen im Kampf gegen die Zentrumsparlei. Das geht uns als christliche Gewerkschaften zwar direkt nichts an, aber anführen wollen wir es, um die schiefe Ebene des Fachabteilungsweges zu illustrieren, sentimental sich die Fachabteiler doch immer als stramme Zentrumsanhänger in empfehlende Erinnerung zu bringen beliebt.

Die in dem Essener gelben Pamphlet gegen die christlichen Gewerkschaften ausgestreuten Verleumdungen lassen uns kalt, eine Bewegung wie die gelbe vermag ja nur von kapitalistischen Massen und der Verunglimpfung Andersdenkender zu leben. Ihre enge Brüderschaft mit „Sieh Berlin“ aber kann nur dazu beitragen, die reinliche Scheidung der Weiser zu verschleunigen. Darum nur zu! Uns kann's recht sein.

Der Buchdrucker-„Korrespondent“

ist ein's der geschäftigsten und widerlichsten Blätter, sobald er den Kampf mit dem Gegner zu führen beliebt. Seine uneheliche Hebe im Streit um Rhein-selben haben wir schon wiederholt brandmarken müssen. In der „Westl. Arbeiter-Ztg.“ Nr. 9 wird diesem Selbst und seiner an hochgradiger Einbildung leidenden Redaktion folgender Spiegel vor Augen gehalten:

„Der „Korrespondent“, das Organ des angeblich „neutralen“ Buchdruckerverbandes, dem mehrbündigerweise immer noch Buchdrucker angehören, die mit der praktischen Ausübung sozialdemokratischer Moralgrundsätze nichts gemein haben, kann es nicht verkneifen: Wo er glaubt, eine Gelegenheit gefunden zu haben, verdächtigt, verleumdet und beschimpft er die christlichen Gewerkschaften in der skrupellosesten Weise. Kein Wunder: leitender Redakteur ist Herr Reihäuser, der Herausgeber verdiebener Pamphlete gegen die christliche Arbeiterbewegung, derselbe Reihäuser, dem die sozialdemokratische Presse wiederholt Unwahrhaftigkeit nachgewiesen, derselbe, der seiner Zeit in dem Prozeß Fischer kontra Reihäuser kaltblütig die Auflassung vertrat, eine tiefe Feindschaft gegen Fischer habe ihn daran gehindert, die Wahrheit zu schreiben. In dem Prozeßverfahren der sozialdemokratischen Presse war damals von einem „Tiefstande Reihäuser'scher Moralgrundsätze“ zu lesen. Nichtsbestoweniger, er ist der Leiter des Organs der „Organisation von Weitrauf“ und lebt sich darin, gegen die christlichen Gewerkschaften aus.“

In der Nr. vom 5. Februar spricht der „Korr.“ von den christlichen Gewerkschaftsführern als „erprobten Wahrheitshelden“, die „der größten Unwahrhaftigkeit und Lügenbeuteilen geziehen und überführt“ wurden, und die „genügend Mittel und Wege hätten, aus schwarz weiß zu machen.“ In der Nr. vom 12. Februar werden die christlichen Gewerkschaftsführer der Unterschlagung geziehen, weil der christliche Metallarbeiterverband in einer Fußnote der Broschüre über den Badisch-Rhein-selbischen Streit feststellte, über die Differenzen mit der badischen Fabrikinspektion schwebten noch Verhandlungen. Dazu bemerkt der „Korrespondent“ in seiner schamlosen Weise:

„Diese Erklärung, deren Unwahrheit ganz offenbar ist, reiht sich den übrigen, von den Christlichen in dieser Affäre geleisteten Gelbentlichkeiten würdig an die Seite. Die Schwindeln wirklich wie der Teufel und lügen aus Prinzip, zumal wenn man noch weiß, daß dem Gewerkschaftsinspektor Dr. Wittmann von solchen Verhandlungen nichts bekannt ist, daß er vielmehr nach den bösen Erfahrungen mit den Christlichen jeden Verkehr mit allen christlichen Gewerkschaften abgebrochen hat.“

Dieses neueste Produkt Reihäuser'scher Journalisten-moral werden unsere Leser richtig würdigen können, wenn sie den Artikel an anderer Stelle dieses Blattes gelesen haben. Die zweite Broschüre in der Affäre Badisch-Rhein-selben ist erschienen und enthält alle Aktenstücke, die sich auf die Auseinandersetzung mit der badischen Fabrikinspektion beziehen, und die angeblich von den Christlichen „Zugentweihen“ unterschlagen worden sein sollen. So wie wir den „Korrespondent“ kennen, wird er sich auch aus dieser Falsche, in die er sich hineingelassen hat, grügend wieder herauslügen.“

Sowelt die verbiente Kennzeichnung in der „Westd. Arb.-Ztg.“. Was jetzt hat sich der saubere „Korrespondent“ aber aus der Patsche überhaupt nicht herausgelogen, sondern schweigen als den besseren Teil der Tapferkeit erwählt. Das Erscheinen der zweiten Broschüre über Rheinfelden mit den angeblich „unterschlagenen amtlichen Akten“ hat das Buchdruckerorgan vollständig unterschlagen, ebenso eine Reihe anderer seiner sozialdemokratischen „Wahrheitsliebenden“ Kolleginnen. Das vereinbart sich alles mit der roten Doppelmoral.

Wie der geistige Leiter des Korrespondent, Herr Rehhäuser, im eigenen Lager bewertet wird, ist schon von der „Westd.“ gesagt. Kürzlich hat er wieder einen gift- und haßerfüllten Artikel gegen den Vorwärts-Direktor, den soziald. Abg. Fischer gebracht, worauf der „Vorwärts“ Nr. 45 in einer Erwiderung u. a. folgendes bemerkt:

„Herr Rehhäuser kündigt nun eine Broschüre über „Theorie und Praxis in der Partei“ an. Man darf darauf gespannt sein. . . . Wenn man seine von ihm beedete Praxis kennt, die Wahrheit im inneren Saß zu erfinden, dann muß die neue Broschüre ein Meisterwerk eisenstärkiger Verdächtigungskunst werden.“

Hoffentlich übernimmt der Reichsverband (zur Bekämpfung der Sozialdemokratie) von vornherein die Kosten der Drucklegung. Der Buchdruckerverband dürfte sich ebenfalls dafür bedanken, Herrn Rehhäuser für diese Extratur zur Bekämpfung seines eigenartigen privaten Wahrheitsdranges die Steigbügel zu halten.“

In den Streit zwischen den „Genossen“ untereinander mischen wir uns nicht, sie sind in der Regel einander würdig und haben sich gegenseitig nichts vorzuwerfen. Aber wenn sozialdemokratische Größen wie Rehhäuser gegen eigene Parteigenossen in solcher skrupelloser Weise kämpfen, dann weiß jeder, was er erst von den Pamphleten eines solchen „Genossen“ gegen prinzipielle Gegner, in diesem Falle gegen die christlichen Gewerkschaften zu halten hat.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug zur.

Düsseldorf. Ueber die Formel des Stahlwerks Krieger ist die Sperre verhängt worden. Bei jeder zu vergebenden Arbeit werden Akkordabzüge vorgenommen. Außerdem wird der unverschuldete Frackfuß nicht vergütet, sondern man nimmt noch eine Bestrafung der Formel vor.

Sundern bei Arnsberg i. W. Zur Verteilung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter im Streit. Jeder Zuzug nach Sundern ist streng fernzuhalten.

Hattingen a. d. Ruhr. Ueber die Eisen- und Stahl-Gießerei der Henrichshütte in Hattingen ist die Sperre verhängt.

Lippstadt. Wegen Lohnbifferenzen auf der Westfälischen Metallindustrie in Lippstadt stehen die Arbeiter im Streit.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 13. März 1910 der erste Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 20. März fällig.

Von einer ganzen Reihe von Ortsgruppen ist der Fragebogen für das Adressenverzeichnis an der Zentrale noch nicht eingegangen. Dieselben werden hierdurch nochmals aufgefordert, denselben unverzüglich richtig ausgefüllt einzusenden.

Der heutigen Zeitungsendung liegen die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal 1910 und die Zählkarte zur Reichs-Arbeitslosen-Statistik bei. Beide sind dem Kassierer zu übergeben. Die Zählkarte muß spätestens am 4. April abgesandt sein, auch wenn keine Arbeitslosenunterstützung im Quartal gezahlt wurde. Jedoch sind dann auf alle Fälle die genauen Mitgliederzahlen nach dem Stand vom 1. April einzutragen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Mannheim. Am Samstag den 12. Februar fand für die Sektion Stadt und am Sonntag den 13. Februar für die übrigen Sektionen, die wegen der weiten Entfernung der Versammlungen der Sektion Stadt nicht anwohnen können, die diesjährige Generalversammlung statt. Trotz schriftlicher Einladung war dieselbe schlecht besucht, was an dieser Stelle entschieden gerügt werden muß. Aus dem Jahres- und Kassenericht des Vorsitzenden und des Kassierers ist folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl der Ortsverwaltung hat sich im Verhältnis zum Vorjahre um 22 gesteigert. Trotz der anhaltenden rückläufigen Konjunktur war für unsere Ortsgruppe auch das Jahr 1909 noch ein verhältnismäßig bewegtes. Spiele und Zuzug in den Anfang des Jahres war der Streikverweigerung mit seinen Begleiterscheinungen hinein.

Außerdem waren wir an der vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverbande eingeleiteten Bauhofsarbeiterbewegung beteiligt, die durch das eigeninnige Verhalten dieses Verbandes nachher wie das Hornberger Schießen ausging.

Nicht minder Bewegung und Aufregung brachten in unsere Mitgliederkreise die Enthüllungen über den hiesigen Industriellen Zwangs-Arbeitsnachweis. Bei dieser Gelegenheit wurde von den Mitgliedern allgemein bitter empfunden, wie hoch die Phrase von der „Macht“ des „deutschen“ Metallarbeiterverbandes ist. War dieser es doch, der nach dem Eingeständnis eines hiesigen Genossenschafters auch nicht einen Finger zur Verhütung dieses jetzt allgemein von der gesamten Metallarbeiterchaft des hiesigen Industriegebietes beklagten und verurteilten Auslagerungsinstituts rührte. Ein Zeichen, was die Mannheimer Metallarbeiterchaft an dem roten Metallarbeiterverbande hat, oder vielmehr, was sie nicht hat.

Sehr deutlich konnte man daher auch die Verlegenheit merken, in welche der deutsche Metallarbeiterverband in Mannheim geriet, als von unserm Gesamtverbandesverlag in Köln die Enthüllungen über die Praktiken der Unternehmer in die Öffentlichkeit gelangten. Sie suchten sich dann durch möglichst kräftige und bombastische Reden und Versammlungen in ihrem radikalen Getriebe noch selbst zu überheben und sich in den Augen der Metallarbeiterchaft wieder in empfehlende Erinnerung zu bringen. Weiter aber hörte man nicht viel von den mutigen Leuten, außer leichtfertigen Beschuldigungen, die noch die Mannheimer christliche Arbeiterchaft in den Augen der vernünftig denkenden Arbeiterchaft als Zersplitterer zu bezeichnen und verdächtigen suchten, bis ein Zusammengehen der gesamten Arbeiterchaft in der wichtigen Arbeitsnachweisfrage zu vereiteln suchte. Das wagten dieselben Leute zu behaupten, bis sonst bei jeder Gelegenheit sich nicht scheuen, offen auszusprechen, daß sie lieber eine Bewegung scheitern lassen, als daß sie in Gemeinschaft mit christlich organisierten Arbeitern eine Bewegung durchführen, auch wenn sie der gesamten Arbeiterchaft noch so viele Vorteile gebracht hätte. Fiktion, eine arbeiterschädigendere Stellungnahme haben wohl noch nie Arbeiterinteressenvertreter eingenommen.

Das innere Leben der Ortsgruppe gestaltete sich verhältnismäßig rege, wenn auch manchmal der Besuch der Versammlungen in Anbetracht der Mühe der Verwaltung, welche sie für die möglichst anregende Gestaltung derselben aufwandte, etwas besser sein konnte. Hoffentlich bessert sich dieses im kommenden Jahre. In Referaten wurden gehalten: Die neue Versicherungsordnung, der gegenwärtige Stand der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung in mehreren Vorträgen, Die Arbeiterschutzbewegung. Ueber den Winterkongreß, Der Kampf der Gewerkschaften gegen unsere Bewegung, die Geheimpraktiken der Unternehmerarbeitsnachweise, die Verfassung des deutschen Reiches und der Einzelstaaten (in mehreren Vorträgen), Ueber den Rheinischer und den Streikverweigerung, Die verpöbte Bauhofsarbeiterbewegung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, über Gewerkschaftstaktik und Demokratie, Was der Arbeiter vom Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz wissen muß, Ueber Arbeitslosenversicherung usw. Die Agitation gestaltete sich innerhalb der Ortsgruppe und der verschiedenen Sektionen, wie folgt: Es wurden 44 Mitgliederversammlungen, 3 öffentliche Versammlungen, 14 Vorstand- und Vertrauensmänner-sitzungen und 61 Werkstattversammlungen abgehalten.

An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Krankenunterstützung 1490,37 Mark, Arbeitslosenunterstützung 388,86 M. Streikunterstützung 210,20 Mark, Unzuzugunterstützung 30,00 Mark, Notfallunterstützung 15,00 Mark, Sterbegeld 80,00 Mark und Rechtsschutz 20 Mark, also eine Gesamtsumme für Unterstützungen von 2483,43 Mark. Hieraus ergibt sich am besten, welchen Schutz die Mitglieder auch in der schlechtesten Zeit, in Kranken- und Arbeitslosenlagen an unserm christlichen Metallarbeiterverband haben. Wenn doch alle Gleichgültigen das erkennen und diesbezüglich zur Ausbreitung des Verbandes im Interesse des gesamten Standes tätig sein wollten. Dann könnte noch manches geleistet werden. Das tritt erst so recht den Kollegen als notwendig vor Augen, wenn sie sich die Zahl der Kranken und Arbeitslosen und die Lage der Krankheit und Arbeitslosigkeit vor Augen halten. Hatten wir doch im Laufe des Jahres 49 krankgemeldete Kollegen mit zusammen 2152 Krankheitstagen. Eine ganze Reihe von Kranken und die Zahl der Krankheitstage war nicht festzustellen, weil die Kollegen sich nicht meldeten. Ebenso bei den Arbeitslosen. Immerhin hatten wir aber auch hier noch an feststellbaren Arbeitslosentagen 721 Arbeitslosentage zu verzeichnen. Diese Zahl entfällt auf 26 arbeitslos gemeldete Kollegen. Deutlicher wie noch nie, läßt sich an der Hand dieser Zahlen für den Arbeiter die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation nachweisen.

Die Beitragsleistung hätte eine bessere sein können. Sie betrug im Durchschnitt des laufenden Jahres 46,21 Beiträge. Die Vorstandswahl ergab mit Ausnahme des ersten Vorsitzenden die Wiederwahl des alten Vorstandes. Der neugewählte Vorsitzende bietet die Gewähr dafür, daß er zur Weiterausbreitung und inneren Festigung der Ortsgruppe alles aufbietet wird, was in seinen Kräften steht.

Aus der im Anschluß an den Jahres- und Kassenericht gepflogenen Diskussion sind einige Momente bemerkenswert und verdienen hier festgehalten zu werden. Einige Kollegen wollten nämlich vom Vorstand die Gründe angegeben wissen, warum die regelmäßigen Versammlungen nicht in befriedigendem Maße besucht gewesen seien. Wie in der Versammlung, so sollen diese auch hier einmal im Verbandsorgan zu Ruh und Frommen der schlechtesten Versammlungsbesucher beantwortet werden. Vielleicht wird dadurch dieser Mangel für die Zukunft gebessert.

Die Versammlungen waren einfach aus dem Grunde in unbefriedigendem Maße besucht, weil eine ganze Reihe von Kollegen glauben, mit dem Beitragszahlen sei genug getan und im übrigen bräuchten sie keine Belehrung mehr. Damit ist der zweite Grund wohl der, daß wieder eine Anzahl Kollegen oft das Kartenspiel noch vor die Mitglieder-versammlung gehen lassen und sich sogar nicht schämen, währenddem, daß unsere Mitglieder-versammlungen stattfinden, sogar im Zimmer neben dem Versammlungslokal dem Spiel obzuliegen, ohne auch nur einen Drit in das Versammlungslokal zu tun. Und ein dritter Grund liegt darin, daß einige immer noch nicht beitreten können,

daß Mitglieder-versammlungen nicht dazu da sind, seiner persönlichen Animosität gegen den einen oder anderen Kollegen Luft zu machen. Es wird in Zukunft wohl für die Leitung am besten sein, wenn sie nach dieser Seite keine Rücksicht mehr läßt und bei jeder eben derartigen Gelegenheit jedes ordnungswidrige Verhalten rügt. Dann werden die Kollegen, welche die Versammlungen zur geistigen Anregung und Vertiefung als notwendig betrachten und besuchen, auch mehr für guten Besuch der Versammlungen sorgen.

Den Kollegen, welche die berechtigte Kritik betr. des Versammlungsbefuches ansetzen, sei an dieser Stelle für ihre wohlmeinenden Ausführungen gedankt. Nur möchten wir sie bitten, sich durch nichts irren und abwendig, vielmehr sich immer mehr für unsere Sache begeistern zu lassen und nach Kräften mitzuwirken. Dann wird es auch im kommenden Jahre vorwärts gehen. Vorwärts nach außen und Erstarbung nach innen, das sei die Lösung eines jeden pflichteifrigen Kollegen für das Jahr 1910.

Saarabien. Wenn einmal die Geschichte der Hirsch-Dunderscher geschrieben wird, so kann der Geschichtsschreiber die Feststellung machen, daß, so wie in manchen andern Gebieten auch in Saarabien, den einzig „Neutrazalen“ ein Denkstein des Sammers gesetzt wurde. Seit 20 Jahren kreuzen die Herren im Saarrevier herum, ohne an der Öffentlichkeit auch nur ernstlich genannt zu werden.

Als dann der christliche Metallarbeiterverband 1906 mit Erfolg anfing, die Sache der Metallarbeiter dieses Reviers zu verfechten, da qualte der hohe Generalrat sich solange, bis ein Beamter der H.-D. Vereine für das Saarrevier angestellt war. Dem Herrn blühte aber kein Glück dort und nach einigen Monaten kam ein neuer Mann, um dem saarabischen Volke Heil zu bringen. Aus politischen Gründen glaubte ein evang. Pfarrer und andere den Hirsch-Dundersern ihr warmes Interesse entgegenbringen zu müssen.

Auch der zweite Vorseher Hirsch-Dunderscher Weisheit brachte nichts zustande. Endlich, mit dem dritten Strecker innerhalb der kurzen Frist, einem Herrn Eden mit Namen, war der richtige Mann gefunden. Herr Eden siedete sich in einigen evangelischen Arbeitervereinen an. Dort traf er wohl alles andere, bloß keine Arbeiter, die seine Hirsch-Dundersche Lehre glaubten. Recht auffällig schimpfte Herr Eden über die bösen „Zentrums“-gewerkschaften. Dem Kollegen Wernerus, der nach Duisburg an die Zentrale versetzt wurde, glaubte er den Schwännefang singen zu dürfen. Da entdeckte der Sprecher der St. Anabeter Hütte den neuen Hirsch-Dunderschen Apostel und schloß ihn an sein liebes Herz. Seit dem Augenblick, daß Herr Eden so glanzvoll über die bösen „Zentrums“-gewerkschaften im allgemeinen und den Kollegen Wernerus im besonderen gewettert hatte, war selbst das Hüttenblättchen in St. Ingbert „gewerkschaftsfreundlich“ geworden. Statt wie bisher für Hüttenarbeitervereine zu schwärmen, öffnete der St. Ingberter Urzelger seine Spalten für die Lehren des Hirsch-Dunderschen Apostels Eden.

7- bis 8000 Mark bezahlt die Hüttenleitung alljährlich, um das Hüttenblättchen am Leben zu erhalten. Gift und Galle, gemischt mit persönlichen Gehässigkeiten gegen alles, was gewerkschaftlich ist, speit das Hüttenblatt in St. Ingbert. Bloß die Hirsch-Dunders fanden Gnade bei den Hüttenherren.

Dem Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften war dieses Druckpapier auch die geeignetste Werbetrömmel. Über der Erfolg blieb aus und alle brünstigen Liebesbetreibungen der H.-D. Leute blieben unerwidert bei den Arbeitern.

Ob dieses Mißerfolges stimmt nun der Vertreter der Hirsch-Dunder in Nr. 9 des „Gewerkschaften“, H.-D. Zentralorgan, eine Jeremiade an. Seinen eigenen Schwännefang faßt er dort in genießbare Formen für die Öffentlichkeit. Wir hören hier in beweglichen Tönen: „Der bevorstehende Verbandstag hat nunmehr darüber zu entscheiden, ob und in welcher Form das Sekretariat in der Zukunft weiter bestehen soll.“ Auch glaubt Eden, daß ein anderer sei, „früher oder später“ noch einmal dort anfangen müßte, „wo wir (die H.-D.) im August 1908 eingeleitet haben, wenn nicht der damals aufgehaltene Rückgang inzwischen noch größer geworden.“ Der Mann, der die Kollegen Waltruf und Häcker in Nr. 6 des „Regulator“ vom 11. Februar glaubt verhöhnen zu dürfen, weil sie in St. Ingbert nur 40 Hüttenleute in ihrer Versammlung gehabt hätten, meint selbst: „Das Saarrevier ist nun einmal ein harter Boden und erfordert zu seiner Bearbeitung große Opfer.“ — Na also!

Wer so wie die Hirsch-Dunder im Glashause sitzt, soll nach den christlichen Arbeitern nicht mit Steinen werfen. Die christlichen Metallarbeiter sind seit Jahr und Tag im Saarrevier von den Hüttenleitungen verfolgt worden. Die Vertrauensmänner wurden gemahregelt. Hundertaufende Mark Almosen wurden den Arbeitern gegeben, um sie vom christlichen Metallarbeiterverband abzuhalten. Trotzdem haben wir einen treuen Stamm Mitglieder dort, der auch die Zukunft unserer Organisation im Saarrevier sichert. Auch um die Erhaltung unseres Sekretariats braucht kein Verbandstag erst zu sorgen, ob es, wie das H.-D. Bureau, in Zukunft noch erhalten werden soll. Im Saarrevier zeigt es sich, daß die Arbeiterchaft von Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nichts wissen will. Der christliche Metallarbeiterverband hat jedoch seit Anfang des Jrs. schon über 250 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Wenn es aber so steht, wie Eden selbst im „Gewerkschaften“ sagen muß, daß auch er als dritter bald seine Liebesgaben pafen kann, dann mögen sich die H.-D. faule Wiße über unsere Versammlungen sparen.

Zum Schluß nur noch einen freundnachbarlichen Rat den Herren vom Gewerkschaften H.-D.: Der St. Ingberter Hütten-Anzeiger, der so warm den kommenden Frühling Hirsch-Dunderscher Aufklärung im Saarrevier begrüßt hat, möge einmal seine hohen Gönner vom Hüttenwerk fragen, ob sie außer der platonischen Liebe in ihrem Selbstorgan nicht auch für Herrn Eden und sein Sekretariat einige tausend Mark übrig haben. Dann wäre die so „teure“ Existenz vielleicht gesichert und es wäre wenigstens für sie ein Kampf gegen die bösen christlichen geistert.

Fulda. Am 2. Februar fand nachmittags im katholischen Gesellenhaus eine große Arbeiterversammlung statt, welche von über 600 Arbeitern besucht war. Zweck derselben war eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften herbeizuführen, da die Genossen hier eine immer rumplichere Sprache führten. Als Besprechung- und Berleumdungsorgan der christlichen Gewerkschaften und ihrer Führer dient denselben die Frankfurter „Volkstimme“. Der Genossenführer Nikolaus Schmitt von hier war zu der Versammlung per Einschreibebrief eingeladen, hatte sich aber leider durch Krankheit entschuldigen müssen. Als seine Vertreter hatte er zwei Frankfurter Genossen, die Herren Kessler und Marko geschickt, beide Beamte des soziald. Fabrikarbeiterverbandes.

Als die Versammlung noch kaum eröffnet war, meldeten sich die beiden Genossen zum Wort zur Geschäftsordnung und verlangten unbeschränkte Redezeit. Dies wurde ihnen von der Versammlung im Hinblick auf die früheren Erfahrungen nicht zugestanden, jedoch wurde ihnen weitgehende Redezeit zugesichert. Darauf forderten die beiden Genossen ihre Anhänger auf, den Saal zu verlassen. Über o Schreden, kaum ein armseliges Wäckerbüchsen folgte der Aufforderung über beiden Genossen, trotzdem etwa 100 Genossen anwesend gewesen seien. Es war deshalb kein Wunder, wenn die Entflohenen dem Fluch der Lächerlichkeit verfielen und sich einmal gründlich blamierten.

Nachdem Ruhe eingekehrt war, ergriff der Redakteur des Staats- und Gemeindefabrikarbeiterverbandes Kollege Weis von Weisshaus das Wort und legte das Programm der christlichen Gewerkschaften in Uebereinstimmung mit dem überzeitgenössischen dar. Nicht außerhalb der bestehenden Ordnung darf sich die Arbeiterschaft stellen, sondern Einflügung in das Ganze, Gleichberechtigung des Arbeiterstandes muß das Ziel einer jeder vernünftigen Arbeiterbewegung sein. Ferner beschäftigte sich Redner mit dem Programm der sozialdemokratischen Gewerkschaften und wies statisch nach, daß dieselben, soweit sie denkbare sind, längst nicht mehr daran glauben, daß sich jemals die Dogmen von Marx verwirklichen ließen. Das Programm werde nur dazu benutzt, um die urteilslose Masse damit gründlich einzujenseifen und zu verblöden.

Zu der Diskussion sprachen Volksvereinssekretär Frank, Gewerkschaftssekretär Kempf, Stadtverordneter Reith und unser Bezirksleiter Scherer. Nachstehende Resolution fand dann einstimmige Annahme: Die am nächsten Tage im katholischen Gesellenhaus zu Fulda vom Ortsrat der christlichen Gewerkschaften einberufene, von über 600 Personen besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung erkennt lobend an, daß durch die christlichen Gewerkschaften und ihre Wirksamkeit in Fulda schon manche Verbesserungen für den Arbeiterstand errungen wurden. Die Versammlung ist auch davon überzeugt, daß es notwendig ist, weiter auf diesen Bahnen zu schreiten, um auch in Zukunft die Verhältnisse und die Lage der Arbeiterschaft den jeweiligen Verhältnissen anzupassen. Von dieser Erkenntnis durchdrungen gelobt die Versammlung mit Mut und Ausdauer für die Sache der christlichen Arbeiter kämpfen zu wollen. Sie erkennt an, daß die christlich denkenden Arbeiter sich unbedingt den konfessionellen Vereinen und den christlichen Gewerkschaften anschließen müssen.

Nach einem kräftigen Schlusswort forderte der Referent die gesamte Arbeiterschaft Fuldas auf, den christl. Gewerkschaften beizutreten und für die Sache des Arbeiterstandes zu kämpfen. Die Versammlung hießte die Garantien bieten, daß es in Zukunft wieder voran in den christl. Gewerkschaften hier gehen wird.

Wachen. (Hirsch-Dundersche Kampfesweise.) In dem in Düsseldorf erscheinenden H.-D. Blättchen „Westdeutsche Post“, welches in Wachen als Kopfschlack unter dem Titel „Wachener Rundschau“ in einigen Exemplaren erscheint, wird in der Heruntersetzung der christlichen Gewerkschaftsführer nach dem Grundsatz: „Man trete die Führer vor den Rauch“ das möglichste getrieben. Die Wachen christlichen Gewerkschaftsführer haben sich deshalb gezwungen, gegen den verantwortlichen Redakteur Kreil aus Düsseldorf klagbar vorzugehen. Der Sekretär Königshofen vom Bezirksratell war der erste, ihm folgte Kollege Walbes. In der Sache Königshofen erhielt 50 Mark Geldstrafe und die Kosten. Als der Termin Walbes gegen Kreil anstand, da wurde durch den Verteidiger des Beklagten Verabingung beantragt mit der sonderbaren Begründung, daß Herr Kreil als Agitationsbeamter des Holzarbeiterverbandes H.-D. viel auf Reisen sei; er sei nur „Scheinredakteur“ des von ihm verantwortlichen gezeichneten Blattes. Als Artikelredakteur bekannte sich der Agitationsleiter Hartmann-Wachen. Ob die Hirsch-Dunderschen befürchteten, daß aus dem „Scheinredakteur“ schließlich noch ein „Einkredakteur“ werden konnte, ist leicht anzunehmen. Die Kalkulation, hierdurch für Hartmann vielleicht eine gelindere Strafe zu erzielen, ist nun zu Schanden geworden.

In der am 22. Februar stattgefundenen Gerichtsverhandlung wurde Hartmann zu 100 Mark Geldstrafe und im Nichteinbringungsfall für je 5 Mark einen Tag Gefängnis verurteilt. Der „Scheinredakteur“ mußte freigesprochen werden, weil kein Nachfolger, der jetzige Redakteur Pottsoff beidigte, daß derselbe auf Reisen gewesen sei und er (Pottsoff) der Redaktion in dieser Zeit vorgefunden habe.

Der „Scheinredakteur“ Kreil hat inzwischen das stinkende Düsseldorf H.-D. Reformbüchlein verlassen und sich als sozialliberaler Parteisekretär nach dem Osten verpflanzen lassen. Er ist somit seiner sicheren Verurteilung früh genug aus dem Wege gegangen. Daß nun dem Privatkläger Walbes durch die Freisprechung Kreils die Kosten dieser Klage auferlegt wurden, ist den schwer blamierten und hereingefallenen H.-D. der einzige Trost. Ihre gequälte Schadenfreude über diese Bagatelle ist allerdings sehr unangebracht, denn so am Betreffbar wie gewisse H.-D. Größen sind die Christlichen nicht und sie werden H.-D. Verleumder und Ehrabschmeider auch in Zukunft zur Verantwortung ziehen, selbst auf die Gefahr hin, einige Kosten tragen zu müssen. — Ueber die Gerichtsverhandlung wird im Wachen „Volkstreu“ Nr. 44 am 22. Februar berichtet.

Am nächsten Sonntag fand am heutigen Tage eine Verhandlung statt, welche die Kampfesweise der Hirsch-Dunderschen Führer in treffender Weise beleuchtete. Wegen Verleumdung des Herrn Gewerkschaftssekretär Walbes, Be-

trüßlicher des christl. Metallarbeiterverbandes, waren der bisherige Mediateur Herr Kreil aus Düsseldorf und der Gewerkschaftssekretär Herr Hartmann aus Wachen, Führer der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, angeklagt. Die Verteidigung lag auf Hirsch-Dunderscher Seite in den Händen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Wewenlein, während Herr Walbes durch Herrn Rechtsanwalt Dr. Dedmanns verteidigt wurde. Der Klage lag folgender Tatbestand zugrunde:

In der „Wachener Rundschau“ erschienen Ende Oktober und anfangs November 1909 zwei Artikel, welche sich mit einer Rede des Herrn Gewerkschaftssekretärs Walbes beschäftigten, die derselbe in Haaren am 17. Oktober im katholischen Arbeiterverein gehalten hatte. In dieser Rede sollte der Herr Walbes gesagt haben: Die Hirsch-Dunderschen sind aber noch schlechter als die Juden. Dieselben können betrunkene zur Versammlung, und nach der Versammlung lägen dieselben noch lange im Wirtshaus.

An diese Ausführungen, welche, wie durch die Beweisaufnahme im heutigen Termin festgestellt wurde, Herr Walbes nicht gemacht hatte, hatte Herr Hartmann sehr schwere Beleidigungen gegen den Herrn Walbes angehängt. Er stellte denselben hin als einen Mann, der kein reines Gewissen habe, der durch rabiaten Schreien Geschehenes zu verbergen suche, als einen Mann, der dem Wahnsinn verfallen sei usw.

Auf Befragen des Herrn Gerichtspräsidenten, wie er zu solchen Beleidigungen komme, erklärte Herr Hartmann, daß er sich nicht anders zu helfen gewußt habe, die Hirsch-Dunderschen würden von christlicher Seite auch ständig angegriffen.

Der Herr Präsident: Sie müssen Angriffe in objektiver Weise, aber nicht in beleidigender Form zurückweisen. Herr Hartmann: Wie soll ich das denn machen?

Präsident: Soll ich Ihnen denn hierüber vier Beleidigungen geben? Wenn Sie in dieser Weise kämpfen wollen, wo soll das hin. Wenn Sie alle die, die irgend einmal reden, dann des Wahnsinns bezichtigten wollen, dann können wir alle Strafanstalten in Freisprüche umwandeln und Sie wären der erste, der dann hineinkommt.

Die Verteidigungsrede des Herrn Hartmann war damit zu Ende. Die Beweisaufnahme über die von Herrn Walbes gemachten Ausführungen in der Versammlung des Arbeitervereins brachte den Hirsch-Dunderschen eine schwere Niederlage. Mit schlotternden Knien mußten die von Herrn Hartmann geladenen Zeugen, in die Enge getrieben, eingestehen, daß Herr Walbes diese Ausführungen, wie Herr Hartmann in der „Wachener Rundschau“ behauptet, garnicht gemacht habe. Es waren dieses Zeugen von 16½, 17, 17½ und 21 Jahren. Als der Herr Gerichtspräsident an einen 16jährigen Zeugen eine Frage stellte, warum sie denn den ersten Teil der Rede nicht so aufmerksam verfolgt hätten und nur den zweiten Teil, erwiderte der junge Mann: Wir waren intelligent! Auf diese mehr als sonderbare Antwort große Heiterkeit bei den Herren des Gerichtshofes, in welcher die zahlreich erschienenen Zuschauer miteinstimmen mußten. Der junge Mann wollte sagen: Wir waren informiert, gut aufzupassen. Die vom Gerichtspräsidenten den jungen Leuten erteilte Mahnung, in Zukunft lieber sonstwo hinzugehen, zum Beispiel in den Religionsunterricht, als in solche Versammlungen, wovon sie doch nichts verstanden, war jedenfalls angebracht. Etwas falls die Mahnung an Herrn Hartmann, bei Verurteilen von jungen Leuten vorsichtig zu sein, ehe er dieses an die Öffentlichkeit bringe.

Nach den für Walbes günstigen Aussagen der Zeugen, die für Herrn Hartmann gut zeugen sollten, zog Herr Hartmann die gegen Herrn Walbes erhobene Widerklage, welche er auf Grund der nicht gemachten Ausführungen erhoben hatte, zurück. Nachdem die Herren Rechtsanwalte ihre Mandate gehalten, zog sich der Gerichtshof zurück. Nach längerer Beratung wurde folgendes Urteil verkündet:

Der Gewerkschaftssekretär Hartmann wird wegen schwerer Verleumdung zu 100 Mark Geldstrafe, im Nichteinbringungsfall für je 5 Mark zu je einem Tage Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem Privatkläger wird das Recht zuerkannt, auf Kosten des Angeklagten das Urteil innerhalb vier Wochen in der „Wachener Rundschau“ und im „Politischen Tageblatt“ zu veröffentlichen.

Öffentlich wird Herr Hartmann wie seine Kämpels aus diesem Prozeß die Lehre ziehen, in Zukunft in anständigen Formen den Kampf zu führen und mit der Ehre ihrer Mitmenschen nicht so unverantwortlich umzugehen. Denn er das nicht daraus, so werden ihm noch weitere Sektionen erteilt werden müssen.

München. In der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 12. Februar d. J. sprach Kollege Wagner, Kempten, über die wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Ausgehend von den Umrählungen auf wirtschaftlichen Gebieten begründete der Redner die Notwendigkeit der Organisationen. Den wirtschaftlichen stehen die kulturellen Aufgaben zur Seite, die daran hängen, daß alle erreichten materiellen Vorteile auch zur Bereicherung der Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung Verwendung finden.

Der Zentralvorsitzende Kollege Wieser aus Dinksbürg knüpfte dort an, wo der erste Redner endete hatte. Weit ausholend führte Kollege Wieser die zahlreich erschienenen Zuhörer im Geiste viele Jahrhunderte zurück. In dem Maßstab der Vergangenheit muß die Gegenwart gemessen werden, dann wird sie uns nicht arm dünken. Schon das Kultur- und Erbesleben alter heidnischer Völker hatte große Werte herbeigebacht. Dauten und Denkmäler der vorchristlichen Zeit ragen, umflossen von dem Zauber, den Sage und Ueberlieferung im Wechsel weltgeschichtlicher Epochen an sie geknüpft hat, bis in unsere Zeit hinein. Die Majestät der Gebäulichkeiten rüst Bewunderung in uns hervor, und der entfaltete Luxus damaliger Zeit will uns schier unfassbar erscheinen.

Was aber all' den Kulturwerten jener Zeit den Reiz und das Verlangen nach Wiedergeburt nimmt, ist die Tatsache, daß sie nur einem ganz geringen Teil des Volkes nur wenigen Machthabern zugute kamen. Die breiten Volksmassen durften nur Frondienste verrichten und waren der Sklaverei verfallen. Ungebundenes Herrschen und Anzügen der oberen, völlige Recht- und Mittellosigkeit der unteren Volkschichten geben jener Zeit das Gepräge. Der Kultur des einen Volksteiles stand das ausgeprägte Martirium des anderen Teiles gegenüber, und wer

den Händen jaugt, der muß wissen, daß die Kultur stets den ideellen Erben der Völker aufspringt. Dem Heidentum schloß eben die Idee, die den Menschen erst zum Menschen macht; es kennt keine ausgleichende Gerechtigkeit, nur der Starke regiert, das Faustrecht beherrscht jene Zeit.

Da beirrt vor mehr als 1900 Jahren das Christentum mit seinem grundlegenden Gebot „du sollst den Nächsten lieben wie dich selbst“ die Bahn der Weltgeschichte und wird zur Lehrmeisterin der Völker, Schritt für Schritt, von Jahrhundert zu Jahrhundert wird unter dem Einfluß und durch das Christentum die Sklaverei zurückgedrängt. Das Christentum fordert die entfesselten Machtgelüste, das Faustrecht und die tyrannische Willkür in die Schranken und proklamiert Menschlichkeit und Gerechtigkeit gegenüber den unteren Volkschichten. Freilich keineswegs eine Gerechtigkeit, die eine sentimentale Moralität oder eine religiöse Umkleidung von Machtbestrebungen bedeutet, sondern eine Gerechtigkeit, die „jedem das Seine“ gibt.

Nur das Christentum vermochte die rauhen heidnischen Völkersämme geistig und sittlich zu veredeln und die irdische und materielle Kultur auch den breiten Volksmassen zugänglich zu machen. Nur die auf den Ausgleich sinnenden ideellen Triebe des Christentums konnten die Wäule, die heidnische Barbarei zwischen den einzelnen Volksschichten aufgerichtet hatte, niederlegen. Wenn sich dieser Ausgleich zwischen den verfeindeten Ständen auch noch nicht völlig vollzogen hat, so darf doch eine Arbeiterbewegung niemals dem Materialismus huldigen, der unweigerlich zu heidnischen Zuständen zurückführt.

Im schroffen Gegensatz zu den sozialdemokratischen stellen sich die christlichen Gewerkschaften mit beiden Füßen auf die Grundlage des Christentums. Auch in der Zukunft wird nur die christliche Weltanschauung den Rechten der Schwachen und damit der Gerechtigkeit im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben zum Durchbruch verhelfen. Mögen auch unsere Gegner im sozialdemokratischen Lager die besuchende soziale Tätigkeit des Christentums für alle Jahrhunderte seines Bestehens leugnen; wir christliche Gewerkschaftler halten fest an der Ueberzeugung, daß die Ideale, die zur Anerkennung der Menschenrechte führen, einzig und allein von den ewigen Höhen, aus der kristallklaren, unversiegbaren Quelle christlicher Weltanschauung herabströmen und sich machtvoll in den Grottenbrünnen ergießen, aus dem auch unbewußt die Gegner schöpfen.

Ehrwürdiger, langanhaltender Beifall folgte den interessanten Ausführungen unseres Zentralvorsitzenden, dem der Vorsitzende, Kollege Rauch, noch besonders dankte.

Nach längerer Diskussion bemerkte Kollege Wieser in seinem Schlusswort, daß es Aufgabe eines jeden Mitgliedes sein müsse, die Begeisterung für unsere Sache in die Tat umzusetzen. Wie im politischen, so gilt es auch im wirtschaftlichen Leben das Wort: Es steht der Friede sich aufs Schwert. Die Organisation ist unser Schwert und ohne dies sind wir wehrlos. Darum ihr Münchener Kollegen, zeigt den Willen zur Tat, werbet neue Mitglieder für den Verband.

Wenden (Westf.) Unsere diesjährige Generalversammlung war erfreulicher Weise sehr stark besucht. Der Kassierer erstattete den Kasienbericht, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht: Das Jahr 1909 war ein recht bewegtes. War dasselbe auch kein Jahr wirtschaftlicher Kämpfe, so war es doch ein Kampfsjahr ersten Ranges für unseren christlichen Metallarbeiterverband. Eine Hebe sondergleichen setzte ein aus Anlaß der Reichsfinanzreform und später nach dem Streit von Rheinischen, Scharfmacher, Sozialdemokraten und Hirsch-Dunder vom Arm in Kampf gegen unsere christlichen Metallarbeiterverband. Fürwahr ein schönes Anekdote. Aber an dem gebundenen Sinn unserer Kollegen scheiterten alle Angriffe.

In wirtschaftlicher Beziehung stand das Jahr noch im Zeichen der schlechten Konjunktur. Wie allertwärts, so bemühen sich auch hier die Unternehmer, den Arbeitern bei Zeiten wirtschaftlicher Depression die Kosten derselben aufzubürden durch Lohn- und Abfordrungsleistungen, Einlegen von Feierschichten und so weiter. Während die Unternehmer bei Zeiten der Hochkonjunktur den Gewinn allein in ihre Taschen stecken wollten. So sind hier Fälle bekannt, daß Arbeiter im abgelassenen Jahre pro 14-tägiger Lohnungsperiode bis zu 10 Mark weniger Lohn verdient haben wie in den Jahren vorher. Aber allmählich fangen auch hier die Arbeiter an einzusehen, daß es so nicht weiter gehen kann.

In der Agitation wurde außerordentliches geleistet. Es fanden statt: 5 öffentliche, 21 Mitglieder-, 1 General- und 10 Werkstatt-Versammlungen. Der Besuch hätte besser sein können, das gilt in erster Linie bei den Mitglieder-versammlungen, besonders wenn man bedenkt, daß die Zeitung immer bemüht gewesen ist, die Versammlungen so interessant wie möglich zu gestalten. Fast in jeder Versammlung wurden Vorträge gehalten. Gegen Schluss des Jahres hat sich indessen der Versammlungsbesuch bedeutend gebessert, hoffen wir, daß die Besserung auch im laufenden Jahre anhält. Außerdem wurden noch 18 Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. Hier war der Besuch etwas besser, aber auch nicht befriedigend. Es muß unbedingt erwartet werden, daß in der Folge wenigstens diese Sitzungen immer vollständig besucht werden.

Im März wurde mit der Hausagitation begonnen. Diefelbe ruhte während des Sommers und wurde dann im Herbst wieder aufgenommen. Es beteiligten sich 12-15 Kollegen an derselben und zwar mit gutem Erfolge. Der Vorsitzende sprach die Erwartung aus, daß bei der demnächstigen Wiederaufnahme der Hausagitation eine größere Anzahl von Kollegen sich an dieser wichtigen Arbeit beteiligen.

Leider war die Fluktuation im Berichtsjahr eine sehr große. Neuaufnahmen waren im ganzen 186 zu verzeichnen, Abgänge 85, sodaß am 1. Januar 1910 ein mehr von 101 zu verzeichnen war. Von den 85 abgegangen sind 7 abgeteilt, und 13 einer anderen Ortsverteilung überwiesen, sodaß der reine Abgang 65 beträgt. Auch das ist noch mehr wie genug und es müssen unbedingt Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Uebel etwas zu steuern. — Die Entwicklung unserer Orts-

Verwaltung erfüllt man am besten aus folgendem Bild der Finanzgebarung:

Einnahmen: Verkaufte Eintritts- und Beitragsmarken: 175 Eintrittsmarken a 50 Pfg., 3 Eintrittsmarken a 30 Pfennig, 134 Beitragsmarken a 50 Pfg., 6524 Beitragsmarken a 50 Pfg., 742 Beitragsmarken a 40 Pfg., 81 Beitragsmarken a 30 Pfg., 7165 Extrabeiträge a 5 Pfg., 601 Delegiertensteuer. Brutto-Einnahme der Bezirkskasse 4539,15 Mark, Bruttoausgabe der Bezirkskasse 1627,80, an die Bezirkskasse 2927,80, Lokal-Einnahme 1010,95, Lokalausgabe 988,17, Bestand 442,45 Mark. Ausgaben: Krankenunterstützung 521,55 Mark, Arbeitslosenunterstützung 317,95, Kassegeld 5, Sterbegeld 90, 15 Proz. bezw. 10 Proz. der W.-Beitr. 636,85 Mark. Einnahmen der Lokalkasse: 15 bezw. 10 Proz. der Wochenbeiträge 226,85, Extrabeiträge 255,00 sonstige Einnahmen 19,10, Bestand am 1. Januar 1909 419,67, zusammen 1430,62 Mark; Ausgaben der Lokalkasse: An die Bezirkskasse abgeliefert 672,98, Agitation 119,15, Porto und Schreibmaterial 79,64, Sonstige Unterstützungen 14,50, Bücher und Broschüren 5,55 Sonstige Ausgaben 96,85, zusammen 988,17 Mark; Bestand am 1. Januar 1910 442,45 Mark.

Die Vorstandswahl hatte ein einstimmiges Ergebnis zur Folge. Und nun Kollegen, auf zur neuen Agitation. Haben wir doch im neuen Jahre schon wieder weit über 150 Kollegen neu für unseren Verband gewonnen. Es muß das Bestreben sämtlicher Kollegen sein, daß es so bis zum Ende des Jahres weitergeht.

Göppingen. Unserer Weiterentwicklung am liebsten Orte wird von sozialdemokratischer Seite mit allem Hochdruck und mit den unerschlichsten Mitteln entgegen gearbeitet. Dabei ist das Treiben der sozialdemokratischen Bandschwärmer ein direkt arbeiterfeindliches. Der gewaltmächtigste Widmann der Verwaltungsstelle des sozialdemokratischen Verbandes betrachtet die Gewerkschaft nur als Mittel zum politischen Zweck, hat er sich doch in öffentlicher Versammlung dahin geäußert: „Wenn er sich sagen könnte, daß durch seine Tätigkeit die sozialdemokratischen Stimmen nur um ein Duzend gestiegen seien, so sei er mit dem Erfolg seiner Tätigkeit zufrieden.“ Ein netter — übrigens auch ein bescheidener — Gewerkschaftsbeamter.

Früher war dieser sozialdemokratische Führer auch Gemeinderat, ist aber wegen seiner „erfolgreichen“ Tätigkeit als Stadtrat inzwischen von seinen eigenen Genossen hinausgemäht worden. Während seiner „Amtszeit“ hatten die christlichen Gewerkschaften bei der Verhinderung eine Erhöhung des ortsbüchlichen Tagelohns um 40 Prozent beantragt. Da ging der Obergenosse Widmann bla und brachte durch einen viel geringeren Antrag die berechtigten Forderungen der christlichen Organisationen zu Fall. Das nennt man dann Arbeiterinteressenverratung!

Vor lauter politischem Rummel werden die nahe- liegenden gewerkschaftlichen Aufgaben in der schlimmsten Weise vernachlässigt. In einem Betrieb, wo der sozialdemokratische Verband dominiert, kommt kein Arbeiterausfluß zu stande, weil die Genossen des Herrn Widmann entweder kein Interesse oder keinen Mut besitzen, sich wählen zu lassen.

Dann gibt man aber vor, den Kapitalismus zu bekämpfen, während dieselben Genossen bei der Bierpreiserhöhung dem Kapitalismus willige Handlangerdienste geleistet haben. Für diesen Vorkavallier bekommen die Genossen von den Brauerkapitalisten das nötige Geld für die Gründung einer sozialdemokratischen Zeitung. Einer schöner Substanz in einem schmuckvollen Ansehen.

So verraten die Sozialdemokraten ein nach dem andern mal der Interessen der Arbeiter und haben dabei noch die Dreistigkeit, die christlichen Gewerkschaften andauernd zu verächteln und zu verleumden. Beim Streit um Rheinfelden haben die hiesigen „Genossen“ das menschlichste in Verhörung geleistet. Sie hätten aber gewiß Ursache, vor der eigenen Lüge zu zagen.

Kollegen, christliche Metallarbeiter von Göppingen! Schlagt den „Genossen“ diese Arbeiterverratereien um die Ohren, wenn sie unsere Überzeugung zu verächteln trauen. Jetzt agitiert erst recht und desto eifriger für unsern Verband, bis wir alle rechtbedenkenden Berufscollegen für uns gewonnen haben.

Pforzheim. Wieder liegt ein Jahr der gewerkschaftlichen Arbeit hinter uns. Am 20. Februar versammelten sich die hiesigen Kollegen ziemlich zahlreich zu unserer diesjährigen Generalversammlung. Aus dem Jahresrückblick des Kollegen Friedrich ist folgendes hervorzuhelven:

Im Jahre 1909 fanden 14 Sitzungen der Ortsverwaltung, 18 Mitglieder- und fünf öffentliche Versammlungen statt. Außerdem wurden 12 Sektionsversammlungen in Ursingen, Biffingen und Bretten abgehalten. In zwei Lichtbildervorträgen des Herrn Professor Dr. Krummer über die Entstehung des Großherzogtums Baden, sowie über „Schillers Hode“ wurde den Mitgliedern der Ortsgruppe Gelegenheit gegeben, ihre Kenntnisse auf diesen Gebieten zu erweitern.

Durch eine systematisch betriebene Hausagitation gelang es, eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen dem Verband zuzuführen. Infolge des flauen Geschäftsganges in unserer Hauptindustrie (Gold- und Silberwaren) sind aber fast ebenso viel abgerückt und ein Teil ausgezogen, sodaß die Mitgliederzahl auf gleicher Höhe steht, wie im Vorjahr. Es darf dies jedoch kein Grund sein, in der Agitation zu erlahmen. Noch energischer wie bisher muß die Agitation betrieben werden, kann nicht sich der Erfolg auch in der Steigerung der Mitgliederzahl zeigen.

An der Hauptkasse sind zu verzeichnen an Einnahmen 6843,25 Mark; Ausgaben 5129,40 Mark; an die Bezirkskasse wurden abgeführt 1713,85 Mark. Von den Ausgaben fallen 4077,62 Mark auf ausbezahlte Unterstützungen. Gewerkschaftenunterstützung wurde ausbezahlt bei Arbeitslosigkeit 2862,92 Mark; bei Krankheit 832,27 Mark; Maßregelungsunterstützung 186,35 Mark; Wander- und Umzugsunterstützung 87 Mark; Sterbegeld 110 Mark. Die Lokalkasse bilanziert mit 3634,13 Mark in Einnahmen und Ausgaben.

Die Neuwahlen der Vorstandschaft ergaben verschiedene Veränderungen in den einzelnen Vertrauensposten. Dem jahrelangen Wunsch unserer Kollegen nach einem freigestellten Beamten wurde am Ende des Jahres 1909

von der Zentralleitung Rechnung getragen, indem Kollege Kuhn, unser bisheriger Vorsitzender angestellt wurde. Nachdem die Zentralleitung auf diese Art das opferfreudige Vorwärtstreben der Pforzheimer Kollegen in anerkannter Weise gewürdigt hat, muß aber auch erwartet werden, daß sich die Kollegen als wirkliche Gewerkschaftler zeigen und eben so eifrig wie bisher mitarbeiten. Nur dann kann der Erfolg errungen werden, den die Kollegen schon seit Jahren erhoffen, wenn mit wahrer Solidarität und Kollegialität für unsere gute Sache weiter gearbeitet wird. Kollegen! Zeigen wir, daß man sich nicht getäuscht hat in der guten Meinung über die Pforzheimer Kollegen, arbeiten wir mit Mut und Kraft weiter für unsere Organisation, damit wird auch am besten unseren wirtschaftlichen Interessen gebient.

Olpe. Bittere Protokollströmen verfließt in der vorletzten Nummer des „Regulator“ ein Mitglied des S. D. Gewerkschafts, weil man ihm auf seinen Antrag hin nicht in hiesigen katholischen Arbeiterverein als Mitglied aufgenommen hat und von dem letzteren der Beschluß gefaßt sein soll, auch in Zukunft „unter keinen Umständen S. D. Gewerkschaften aufzunehmen.“ Damit folgt eine Schimpfannonade gegen den „bösen“ Vorsitzenden des Vereins, Herrn Rektor Wenzke, und zum Schluß bringt sich der Mann als guter Katholik in empfehlende Erinnerung.

Wir können den Schmerz der S. D. verstehen, müssen aber doch andererseits unsere Verwunderung über deren Wandelungsfähigkeit ausdrücken. Vor Tische las man es nämlich ganz anders. Kürzlich hielten wir hier eine öffentliche Versammlung ab, in der unser Bezirksbeamter, Kollege Gier-Siegen einen Vortrag hielt über das Thema: „Konfessionelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften.“ Zu dieser Versammlung waren auch die S. D. von Olpe erschienen und einige von ihnen beteiligten sich nach dem Vortrag auch an der Diskussion. In den konfessionellen Arbeitervereinen fanden die S. D. Herrschaften viel anzusehen. Sie konnten es gar nicht verstehen, daß der Referent den Beitritt zu diesen Vereinen empfahl. Einer von den S. D., den Namen wollen wir geschontlich verschweigen, rief sogar, nachdem er seinem gepöhlten Herzen durch eine dicke Kritik an den konfessionellen Arbeitervereinen Luft gemacht hatte, polgeistig in die Versammlung hinein: „Ich kann die Vollständigkeit eines kath. Arbeitervereins für Olpe durchaus nicht einsehen.“ Und nun kommt diese Gesellschaft und will in demselben Arbeiterverein, dessen Nonwendigkeit sie nicht einsehen kann, die Mitgliedschaft erwerben. Wer mag wohl den Herren die „bessere Erkenntnis“ beigebracht haben? Gewissig! Es wird am Beispiele der „Regulator“ Notiz der folgende Schmerzensbericht:

„Gewerkschaftlicher Arbeiter von Olpe! Laßt Euch von diesem Rektor und dem unchristlichen und un-katholischen Vorgehen des katholischen Arbeitervereins nicht irre machen. Die Religion in der Kirche und in den religiösen Vereinen und im Herzen; der weltliche Kampf um bessere Arbeitsbedingungen aber in eine neutrale, unabhängige Arbeiter-Berufsorganisation. Und das sind die Stichwörter der christlichen Gewerkschaften.“

Wer lacht da! — Die Arbeiter von Olpe lassen sich gewiß nicht irre machen durch das Geschwafel des S. D. Mitglieder in Olpe. Sie wollen von dem „einig neutralen und unabhängigen“ S. D. Gewerkschaften gar nichts wissen. Die Arbeiter werden vielmehr nach wie vor kräftig im kath. Arbeiterverein mitarbeiten und setzen ihre wirtschaftliche Interessenvertretung im christlichen Metallarbeiterverband, der hier eine starke Ortsgruppe hat, und dem bereits viele katholische Arbeitervereiner als Mitglieder angehören.

Sonthofen (Bayern). Weita von der großen Verkehrsstraße München-Lindau liegt im südwestlichen Bayern das Städtchen Sonthofen. Das prächtige Gebirge gibt dem freundlichen Orte eine stimmungsvolle Umrahmung und bietet in seiner romantischen Fülle dem Auge ein poetisch und wechselfolles Bild. Ein geschäftiges buntes Völkchen bevohnt diesen Ort und die Arbeiter, 170 an der Zahl, finden ihre tägliche Arbeit auf dem staatlichen Hüttenwerk. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gestaltet sich leider bei weitem nicht so äppig, wie die Natur, sie ist sogar in vielen Fällen nicht frei von Sorge und Entbehrung.

Die Sonthofener Hüttenarbeiter hatten bisher verjährt, es den Arbeitern auf den übrigen tgl. bayerischen Hüttenwerken gleich zu tun. Sie standen bisher abseits der großen Arbeiterorganisation, und da war es kein Wunder, daß manche ihrer Wünsche in bezug auf Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ungehört verhallte. Das soll nun anders werden.

Am 20. Februar fand im Restaurant „Zur Krone“ eine öffentliche Versammlung statt, die vom christlichen Metallarbeiterverband einberufen war und vom Kollegen Waagner geleitet wurde. Der Referent, Bezirksleiter Rastke, München, führte in einfündigem Vortrag den zahlreich erschienenen Kollegen das Wirken und Wollen der Organisation vor Augen. Die Gewerkschaften wollen nicht aufsetzen und umstürzen, sondern sie knüpfen dort an, wo der einzelnen Kraft und Mut verjagt. Sie bemühen sich mit erlaubten Mitteln, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend, organisch fortzuentwickeln und so zu gestalten, daß sie dem Arbeiter ein erträgliches Fortkommen ermöglichen. Dies dieses Ziel erreicht ist, muß noch vieles geschehen. Wie kann aber die Organisation helfen, wenn die Arbeiter sich ihr nicht anschließen?

In mehreren Beispielen schilderte der Referent die erfreuliche Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes, der schon bedeutende Erfolge für seine Mitglieder erreicht habe. Auch für die Hüttenarbeiter werde der Verband, wie bisher so auch in der Zukunft, mit aller Entschiedenheit eintreten.

Zum Schluß kam der Redner auf die grundsätzliche Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den Konfessionen und politischen Parteien zu sprechen. Die christlichen Gewerkschaften haben das Streben der Arbeiterschaft nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen herausgerückt aus der Parteien „Paß und Streit“ und hinhinübergeführt auf den neutralen Boden, wo unter dem harmonischen Dreiflang politischer und religiöser Neutralität und Marken-

nung der heutigen Gesellschaftsordnung, sich alle Arbeiter zusammenschließen können, die ernstlich gewillt sind, an der Hebung ihres Standes mitzuarbeiten.

Weicher Beifall folgte den trefflichen Ausführungen und 60 Kollegen ließen sich sofort in den Verband aufnehmen. In seinem Schlusswort bemerkte der Referent noch, daß die Generaldirektion der tgl. bayerischen Hüttenwerke schon des öfteren die Verklärung gegeben habe, es stehe den Arbeitern nichts im Wege, wenn sie sich den Organisationen anschließen wollten. Das Koalitions- (Ver-einigungs-)recht sei auch bisher von allen Hüttenwerken in banalster Weise respektiert worden.

Mit einigen Dankesworten an alle Kollegen wurde die Versammlung vom Einberufer um 8 Uhr geschlossen. — Jetzt müssen die neu gewonnenen Hüttenarbeiter von Sonthofen ohne Unterlaß agitieren und nicht eher ruhen, bis alle Berufscollegen dem Verbandszugeführt sind. An die Arbeit, auf die Schanzen!

Schuffenried. Ein Jahr liegt wieder hinter uns, reich an Arbeit, ein Jahr, von dem wir konstatieren können, daß der Gedanke der Organisation und des Zusammenschlusses in den christlichen Gewerkschaften unter der hiesigen Arbeiterschaft an Ausdehnung gewonnen hat. Bei der letzten Generalversammlung wurde der Wunsch ausgesprochen, unsere Ortsgruppe möge im kommenden Jahre keine Mitgliedererluste erleiden, sondern jeder möge treu zum Verband halten und an der inneren Ausgestaltung eifrig mitwirken. Der erste Wunsch ist so ziemlich erfüllt, da wir keinen nennenswerten Verlust erlitten haben. Von den hier in Betracht kommenden Metallarbeitern des tgl. Hüttenwerks — sonst kommen keine in Betracht — sind heute noch ca. 15 nicht organisiert, während wir alle übrigen unter dem Banner unseres Verbandes vereinigt haben. Gewisse Elemente, welche auf der Arbeitsstelle einem übertriebenen Byzantinismus huldigen, müssen die Kollegen in Zukunft besonders scharf im Auge behalten, damit die Zuträgereien endlich einmal ein Ende nehmen. Ein heuliches Wort dürften die Kollegen mit dieser indifferenten Gesellschaft einmal reden und ihren ihren arbeiterfeindlichen Standpunkt nachdrücklich klarlegen.

Diegemündliche Versammlungen wurden 13 abgehalten; dazu kamen noch 3 außerordentliche und 2 große öffentliche Versammlungen, sind zusammen 18. Der Besuch bei Versammlungen war im allgemeinen schwach. Hier müssen die Kollegen in Zukunft ihren Mann besser stellen. Die Versammlungen sind wegen der Mitglieder da, daß sie sich schulen. Dazu muß jeder Kollege mitwirken. Ausschüßigkeiten fanden 13 statt. Der Besuch derselben war zufriedenstellend. Der Ausschüß hat den Vorsitzenden gut unterstützt und es ist nur zu wünschen, daß es so bleiben möge. Dann wird unsere Ortsgruppe auch im kommenden Jahr wieder um einen Schritt vorwärts kommen. Die wirtschaftliche Depression ist infolgedessen an uns im vergangenen Jahr ziemlich glimpflich vorübergegangen, da die tgl. Hüttenverwaltung auf Lager arbeiten läßt; doch dürfen die Kollegen auf der Hut sein, denn bei solchen horrenden Vorräten könnte leicht eines Tages eine schwere Stodung eintreten und den Kollegen aufs neue zum Bewußtsein bringen, was sie in einer starken Organisation für einen starken Rückhalt haben. Kurzeit wird in der Gießerei 8 Stunden gearbeitet und ist noch keine Aussicht vorhanden, daß der Geschäftsbetrieb hierin eine Veränderung erfahren wird. Durch die Erfahrungen, welche die Kollegen in der Gießerei durch die 8stündige Arbeitszeit gemacht haben, ist die Tatsache bewiesen, daß die Arbeitsleistung nicht dementsprechend gesunken, sondern annähernd der vorherigen 10stündigen Arbeitszeit entspricht und infolgedessen auch der Lohn. Inzwischen sind auch schon Neuierungen der Verwaltungen in die Öffentlichkeit gedrungen, ob bei Rückkehr zur zehnständigen Arbeitszeit prozentual dann entsprechend mehr geleistet würde. Aus vor einigen Jahren der Hüttenverwaltung in Punkte Arbeitszeitverkürzung von Seiten der Arbeitervertreter diese Tatsachen angeführt wurden, hieß es „unmöglich“, „lächerlich“ usw. usw. Durch die nun gemachten Erfahrungen hat auch die tgl. Hüttenverwaltung bei der Beratung der neuen Arbeitsordnung den Antrag des Arbeiterausschusses auf Einführung der 8stündigen Arbeitszeit als Normaltag anstandslos für den Gießereibetrieb aufgenommen, vorbehaltlich der Genehmigung der tgl. Bergbehörde. In bezug der Einführung der 8stündigen Arbeitszeit für die anderen Arbeiterkategorien wurden die gleichen wichtigen Gründe, wie vor Jahren bezgl. der Gießerei ins Feld geführt.

Möge das kommende Jahr eine gute Geschäftskonjunktur bringen, damit die Tariffrage, welche wir in mehreren Versammlungen behandelten, zum Nutzen der Kollegen wie des Hüttenwerks gelöst wird und nicht wieder in so schroffer Weise vom tgl. Bergamt und auch von der Hüttenverwaltung abgelehnt wird. Ein solcher Standpunkt, wie ihn der tgl. Bergamt in dieser Angelegenheit einzunehmen beliebt, führt zu keinem friedlichen Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Durch unsere gemeinschaftlichen Einkäufe und die in diesem Jahre hinzugezogenen neuen Abmachungen bei einem Metzger und Bäcker, an welchem auch die anderen Ortsgruppen (Textil- und Holzarbeiter) teilnehmen, haben die Kollegen die betreffenden Waren um insgesamt ca. 1500 bis 2000 Mark billiger bekommen. Wenn auf diesem Gebiete nicht mehr erreicht werden konnte, so ist dies nicht die Leitung schuld, sondern diejenigen, denen man immer eine Extrawurst braten sollte, welche durch ihr Abstreifen wieder gezeigt haben, daß aus der Uneinigkeit der Arbeiter immer noch Kapital geschlagen werden kann. In dieser Hinsicht müssen die Kollegen ebenfalls zeigen, daß wir ein geschlossenes Ganze bilden, mit dem man rechnen muß.

Durch die ungerechtfertigte Erhöhung der Bierpreise (bis zu 8 Mark pro Hektol.) sind wir genötigt gewesen, in dieser Frage vorzugehen. Die Sache ist dann im großen ganzen zu unseren Gunsten erledigt worden. An der Ausbreitung des Organisationsgedankens wurde im verflossenen Jahre unermüdbar gearbeitet. Ein Versuch unsererseits, dem christlichen Bauarbeiterverband Eingang zu schaffen, ist zwar bis jetzt noch nicht gelungen, aber eine Bahnhalle des tgl. und Transportarbeiterverbandes ist durch unsere Anregung und Unterstützung zustande gekommen. Etreuherweise ist es auch durch zielbewusste Aufklärungsarbeit gelungen, die in manchen Konfessionellen Vereinen bestehenden Vorurteile gegen unsere Gewerkschaft-

zu auszuräumen. Das wird ebenfalls unserer Weiterentwicklung zugute kommen. Unsere Pflicht ist es, jetzt auch unsere Mitglieder von rationalen Arbeiterberichten zu überzeugen und sie nach bestem Können zu fördern.

Aus dem Kassenbericht sei erwähnt: Die Einnahmen betragen für die Verbandskasse rund 1500 Mk., die Ausgaben 740 Mk. In die Kasse wurden gesandt 760 Mk. In Krankenunterstützung mußten 450 Mk. ausbezahlt werden. Verkauft wurden 2901 Marken à 50 Pfg., 51 à 25 Pfennig und 228 Delegiertenmarken. Aus diesen Summen können die Kollegen erfahren, was der einzelne Vertrauensmann für Arbeit hat, bis alles beisammen ist. Daher die Beiträge stets pünktlich zahlen, damit der Vertrauensmann nicht soviel Arbeit hat und nebenher mit dem Kassierer noch Verdruß hat, wenn am Quartalschluß nicht abgerechnet werden kann. Im kommenden Jahre darf es nicht wieder vorkommen, daß durch ein paar säumige Zahler unsere Ortsgruppe im Organ als rückständige Gruppe gebrandmarkt wird und sich der Vorstehende darüber schämen muß. Mit diesem Schlußwort wird endgültig aufgeräumt werden. Die Kollegen verlangen, daß der Verband seiner Pflicht und Schuldigkeit nachkommt, um so eher kann auch der Verband von ihnen verlangen, daß sie ihre Beiträge statutenmäßig pünktlich entrichten. Unsere Lokalkasse hatte im Anfang des verfloffenen Jahres einen Kassenbestand von 52,87 Mk. Heute beträgt derselbe 103,22 Mk., hat also zugenommen.

Das ist ein kleines Bild der Tätigkeit unserer Ortsgruppe und des Vorstandes im verfloffenen Jahr. Kollege Kollostrath, welcher zur Generalversammlung erschienen war, richtete beherzigende Worte an die anwesenden Mitglieder. Insbesondere drückte er sein Bestreben darüber aus, daß die Versammlung so schwach besucht war, das müsse in Zukunft anders werden. Ebenso leitete Kollege Kollostrath die anschließenden Neuwahlen des Vorstandes, welche keine großen Änderungen brachten. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag, jährlich einen Wochenbeitrag als Extrabeitrag zu erheben und an die Bezirkskasse abzuliefern, der nach Begründung durch den Bezirksleiter einstimmig angenommen wurde. Ebenso wurden die anderen Punkte in aller Einmütigkeit erledigt. Nach einem packenden Schlußwort des Kollegen Kollostrath wurde die Generalversammlung geschlossen. Mögen nun die Kollegen im kommenden Jahre einmütig zusammenhalten, unermüdet arbeiten, dann können unsere Gegner sich die Zähne an uns ausbeißten, wenn sie wollen.

Wasserfahrungen. Im Zeichen der Aufwärtsbewegung und Erstarkung unserer Zahlstelle stand die diesjährige Generalversammlung. Demgemäß war auch der Verlauf ein anregender und begeisternder, wenn auch der Besuch noch besser sein konnte. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes enthält folgende Hauptmomente: Abwehr und Verhinderung der ungünstigen Arbeitsverhältnisse in der Glaserfabrikation mit Erfolg, dank des Entgegenkommens der maßgebenden Faktoren. Umfangreich waren die Vorarbeiten zu der Eingabe an den württembergischen Landtag, wenn der Erfolg auch nicht ganz den Wünschen und Erwartungen entspricht, so könne doch betont werden, daß es nicht vergebens war. Gelegentlich der Beratungen im Landtag fand die Sozialdemokratie Gelegenheit, ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ zu zeigen. Unter Führung des Großindustriellen Wielandt stimmte sie für Aufhebung des Wasserzolls, wodurch 215 Arbeiter, zumeist Familienköpfe, Brotlos geworden wären. Der Einsicht der I. Kammer der Landesherren und der Regierung haben es die Arbeiter zu danken, wenn es nicht soweit kam.

Gegen Schluß des Jahres war ein Einschreiten der Arbeiterschaft gegen die Arbeitsverteilung in der mechanischen Abteilung erforderlich. Auch hier gelang es, den Wünschen der Arbeiter in etwa Gehör zu verschaffen. Außerhalb des Verbandes sei es der Abgeordnete des Bezirks gewesen, der sich um die Interessen und Wünsche der Arbeiter sehr bemüht habe und nach Kräften an der glatten Erledigung mitgewirkt habe.

Naturgemäß war das Besammlungswejen ein regeres, als in früheren Zeiten. Öffentliche und Werksversammlungen wurden 8 abgehalten, Mitgliederversammlungen 13, Sitzungen der Verwaltung und der Vertrauensleute fanden 19 statt, insgesamt 40 Veranstaltungen. Die Vorträge galten hauptsächlich der Belehrung und Schulung, Entgegennahme der jeweiligen Berichte und der Abwehr sozialdemokratischer Angriffe. Von jener Seite versucht man nämlich mit allen möglichen Mitteln, unter den staatlichen Arbeitern Unflanz zu säen. Als Hauptzugmittel wird u. a. die ständige Karenzzeit bei Krankheit ins Feld geführt. Wie wenig Grund die Arbeiter haben, den Streikentscheidungen der Genossen zu folgen, zeigt der Kassenbericht unserer Verhaltung von 1909, der sich aus folgenden Posten zusammensetzt:

Einnahmen:

	An Marken verkauft	Delegierte	Beitragsleistung	Gesamt-Einnahme
1. Quartal	4311,—	349,—	13,03	1791,15
2. Quartal	4905,—	374,—	13,44	2021,90
3. Quartal	4672,—	356,—	12,66	1896,45
4. Quartal	4517,—	340,—	12,90	1829,85
Summa	18435,—	1419,—	52,05	7599,35

Ausgaben:

	Unterstützungen in bez. Krankfällen	An die Zentrale	
1. Quartal	181,—	3,—	1265,46
2. Quartal	326,21	20,—	1114,88
3. Quartal	422,06	5,—	1195,39
4. Quartal	859,75	15,—	620,89
Summa	1798,75	43,—	4196,42

Der Lokalkasse standen 1165,71 Mk. Einnahmen zur Verfügung, der Bestand beträgt 86,31 Mk. An dem Kassenbericht sieht die hohe Beitragsleistung von 52,05 im Durchschnit vorzüglich ab; dabei muß in Betracht gezogen werden, daß unsere Mitglieder auf 12 Ortschaften verteilt wohnen, wodurch der Beitragsbeitrag nicht unerheblich erschwert wird. Auffallend ist das unbehaltensmäßige Anschwellen der Krankenunterstützung; ein Hinweis mehr, welcher unbedingten Einfluß die großen körperlichen Anstrengungen der Hüttenarbeiter auf die menschliche Ge-

Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 116, sodaß sich der Stand der Ortsgruppe um ein wesentliches gehoben hat. Die Generalversammlung sollte der Arbeit des gesamten Vorstandes und der Vertrauensleute ihre volle Anerkennung durch die mit seltener Einmütigkeit vollzogene Wiederwahl der altbewährten Kollegen. Unter Punkt Nr. 2 wurde den Kollegen die Beschaffung der Gewerkschaftslektüre und die Anlegung einer Hausbibliothek sehr dringend empfohlen und nahegelegt, zumal so schöne Gelegenheit geboten sei, sich um ein geringes Geld die Gewerkschaftsliteratur zu beschaffen; zur Bildung und Schulung sei das erforderlich und auch nützlich, da der geschulte und gebildete Arbeiterstand im Ansehen und in der Achtung in der öffentlichen Meinung von selbst steige und in der Folge weit besser und schneller seine materielle Existenz heben könne. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband fand die interessant und eindrucksvoll verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Kollegen, nun an die Arbeit! Ihr habt gesehen, wie der Verband im verfloffenen Jahr sowohl bei der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse euch zur Seite stand, als auch dann, wenn es galt, den Kranken und bedürftigen Kollegen beizuhelfen. Zeigt im kommenden Jahre, daß ihr diese Tätigkeit des Verbandes richtig einschätzen versteht. Bitte, die zu uns gehören, stehen noch außerhalb unserer Reihen; die zu gewinnen soll unsere Aufgabe sein im laufenden Jahre!

Stuttgart. Am Samstag den 5. Februar fand bei starker Beteiligung unsere diesjährige Generalversammlung statt. Bei Eröffnung derselben gedachte der Vorsitzende Kollege Gottlob Laubengeiger mit einem warmen Nachruf. Zur Ehre des Verstorbenen erhoben sich die Kollegen von ihren Sitzen. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß der Verband auf ein Jahr erster und angestrengter Arbeit zurückblicken kann. Trotz der hiesigen schwierigen und ungünstigen Verhältnisse seien 39 Neuaufnahmen und 10 Uebertritte zu verzeichnen. Monatsversammlungen fanden statt 12, Ausschüßsitzungen 11, Vertrauensmänner-Sitzungen 5. Der Kassenbericht des Kassierers Kunze zeigte in diesem Jahre ein befriedigendes Resultat. Bei der Neuwahl wurde die alte Vorstandskasse wiedergewählt.

Der anwesende Bezirksleiter Kollostrath-Gmünd richtete noch ermunternde Worte an die Kollegen, treu die gute Sache des Verbandes zu unterstützen, fleißig bei der Agitation mitzuwirken, damit im zukünftigen Jahre noch mehr Neuaufnahmen und Uebertritte zu verzeichnen seien. Mit einem Hoch auf den christl. Metallarbeiterverband fand die wohlgelungene Generalversammlung ihren Abschluß.

Oberursel. Unsere diesjährige Generalversammlung war nur mäßig besucht, nahm aber doch einen sehr anregenden Verlauf. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß das abgelaufene Jahr für unsere Zahlstelle ein sehr ruhiges war. Es fanden statt: 8 Mitgliederversammlungen und 10 Vorstandssitzungen. Der Mitgliederbestand ist wieder etwas gewachsen und beträgt am 1. Januar d. J. 52. Auch eine kleine Bewegung bei einer Firma in Oberursel ist zu verzeichnen, wobei ein Kollege von uns beteiligt war, welcher dann durch das Verhängen Rotorgantierter auf das Pflaster gesetzt wurde.

Der Kassenbericht, welcher vom Kassierer Willgens vortragen wurde, befindet sich in bester Ordnung, wie von den beiden Revisoren bestätigt wurde. Hierauf erfolgte die Entlastung. Der Kassenbericht zeigt folgendes Bild: Einnahmen der Hauptkasse 1917,10 Mk.; Ausgaben der Hauptkasse 1909,75 Mk. An die Hauptkasse abgeandt 870,05 Mk., an die Bezirkskasse 241,39 Mk. Stand der Lokalkasse am 1. Januar 1909: 363,62 Mk., Einnahmen der Lokalkasse 482,60 Mk., Ausgaben der Lokalkasse 458,26 Mk., Stand der Lokalkasse am 1. Januar 1910 387,96 Mk. An Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit wurden ausbezahlt 544,46 Mk., bei Arbeitslosigkeit 212,17 Mk. und an Streikunterstützung 42 Mk.

Aus den Neuwahlen ging der bisherige Vorstand einstimmig wieder hervor mit Ausnahme eines Beisitzers, welcher aus berechtigten Gründen zurücktrat. An seine Stelle wurde ein anderer Kollege gewählt.

So wurde die Tagesordnung rasch erledigt. Hierauf hielt unser Bezirksleiter Kollege Scherer-Offenbach ein Referat über den Arbeitsnachweis. Zum Schluß erteilte er die Kollegen, immer fest zum Verband zu halten und die Zahlstelle weiter auszubauen. Der Vorsitzende dankte dem Redner, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Nun, Kollegen! Beherrigen wir das Schicksal und stehen wir es in die Tat um. Erreichen wir aber auch mehr in den Versammlungen, ein jeder auf seinem Posten, denn: Vereinte Kraft Großes schafft.

Sterbetafel.

Bruchsal. Am 27. Februar starb unser Kollege Emil Verbiß im Alter von 30 Jahren.

Mühlhausen i. G. Am 28. Februar starb unser Kollege Bernhard Hochstuhl nach einer Darm-Operation im Alter von 35 Jahren.

Saarbrücken (Neunkirchen). Am 20. Febr. starb unser Kollege Ludwig Hornberger, Hüttenarbeiter, in Neunkirchen an Lungenblutung im Alter von 42 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Ahlen. Sonntag, den 13. März, vorm. 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag im Vereinslokal. Unorganisierte sind willkommen.

Barmen. Sonntag, den 13. März, abends 6 1/2 Uhr Nicht-Mitglieder-Vortrag über ... Aus die Angehörigen der Zahlstelle sind freundlich eingeladen.

Berlin. Samstag, den 12. März, abends 1/2 9 Uhr monatliche Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Duisburg. Freitag, den 11. März, abends 1/2 9 Uhr im Lokale Rüppers Vitalienerversammlung.

Duisburg-Neudorf. Sonntag, den 13. März, vorm. 11 Uhr im Vereinshaus bei Nump, Bismarckstraße, Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Duisburg-Wanheim. Sonntag, den 13. März, abends 5 Uhr bei Pech, Ehingerstraße, Mitglieder-Versammlung mit Vorstandswahl. Gründung einer eigenen Zahlstelle.

Duisburg. Sonntag, den 13. März, mittags 1/2 2 Uhr versammeln sich die Kollegen bei Richard, Wanheimerort, Eschenstraße, zur Hausagitation.

Düsseldorf-Eller. Sonntag, den 13. März, vorm. 11 Uhr Bezirks-Versammlung im Lokale des Herrn Esser, Humbertstraße.

Düsseldorf-Oberbilk. Sonntag, den 20. März, vormittags 11 Uhr Bezirks-Versammlung im Lokale des Herrn Föder, am Markt, Köhlerstraße.

Düsseldorf-Neuf. Sonntag, den 20. März, morgens 11 Uhr Bezirks-Versammlung im Lokale des Herrn Heimmerden, Neustraße.

Düsseldorf-Ratingen. Sonntag, den 20. März, nachm. 6 Uhr Bezirks-Versammlung im Lokale des Herrn Hallen, Bahnstr.

Düsseldorf-Stein. Freitag, den 18. März, abends 9 Uhr Branchen-Versammlung im Lokale Neuter, Dfa und Klosterstraße-Ede.

Dortmund II. Samstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Bergermann, Ostermarschstraße.

Dortmund-Udinhhausen. Samstag, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr Versammlung bei Jung.

Dortmund-Vorap. Sonntag, den 13. März, nachm. 4 Uhr Versammlung bei Klinkert.

Dortmund-Vünen. Sonntag, den 13. März, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Müllmann.

Dortmund-Görde. Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Stolze, Chausseestraße.

Dülken. Sonntag, den 13. März, vorm. 11 Uhr im Lokale Kemmelen.

Eisenach. Samstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr im Konzerthaus Glenda.

Essen-Suttrop. Sonntag, den 13. März, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Staitrop, Steelerstraße.

Essen-Werden. Sonntag, den 13. März, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Reders, Bornstraße.

Essen-Altendorf. Sonntag, den 13. März, abends 7 Uhr Mitglieder-Versammlung im Verkehrslokal Wint, Altendorferstr.

Essen-Rechenmetallarbeiter. Sonntag, den 13. März, abends 6 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstraße 19.

Essen-Kleingewerbe. Samstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Gelsenkirchen-Dulme. Freitag, den 11. März, abends 7 Uhr bei Welsche.

Gelsenkirchen-Neustadt. Sonntag, den 20. März, vorm. 11 Uhr bei Ewertz (Wohmerstraße).

Gelsenkirchen-Schalke. Samstag, den 12. März, abends 8 Uhr bei Weagener.

Gelsenkirchen-Süllen. Sonntag, den 20. März, vorm. 11 Uhr bei Nachbarshulte.

Gladbek. Sonntag, den 20. März, nachm. 4 Uhr bei Nortrop (Christliches Gewerkschaftshaus).

Kiel. Samstag, den 12. März, abends 1/2 9 Uhr im Hotel „Zum Landhaus“ Untere Str. 24-26 Gewerkschaftsversammlung mit Vortrag. Krankenkassen-Beamter Hausmann spricht über das Kranken-Versicherungs-gesetz.

Karlsruhe. Samstag, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant Seibel, Kaiseralle 27 Versammlung mit Vortrag. Unterstützung wird ausbezahlt im Hofsaal, Schützenstraße 69 I. Geöffnet: Dienstag, Mittwoch, Freitag und Samstag vorm. von 1/2 8 bis 9 und nachm. von 12 bis 4 Uhr. An Sonn- und Feiertagen von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Landau (Pfalz). Jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 6 1/2 Uhr Versammlung.

Ludwigshafen a. Rh. Samstag, den 19. März, abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gesellenheim.

Menden (Westf.). Sonntag, den 13. März, nachm. 5 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Menden (Sektion Schwitten). Sonntag, den 13. März, morgens 11 Uhr bei R. Wiederschulte Versammlung.

Neheim-Sülfen. Sonntag, den 13. März, abends 8 Uhr Versammlung zu Neheim im „Zentralhof“. Vortrag: „Welche beachtenswerten Lehren müssen wir aus der letzten öffentlichen Versammlung ziehen?“ Mittwoch, den 16. März, abends 9 Uhr Werkstatt-Versammlung für Sülfen bei Wwe. Sellmann. Vortrag: „Die Schwärzmaier gegen die Ruhepausen der Walzwerks- und Hüttenarbeiter.“ Unorganisierte sind in beiden Versammlungen mitzubringen.

Ofer a. G. Sonntag, den 13. März, Familien-Abend im Saale des Herrn S. Bod, wozu die Kollegen mit Familie freundlich eingeladen sind.

Schweinfurt. Sonntag, 13. März, abends 8 Uhr Versammlung im Restaurant Markthalle, Jägerbrunnstr.

Söllingen. Samstag, den 12. März, abends 9 Uhr Versammlung mit Statuten-Erklärung bei Borchhoff.

Ravensburg-Weingarten. Sonntag, den 20. März, vorm. 10 Uhr im Lokale „Wacht am Rhein“ in Ravensburg Versammlung. — In Weingarten am Samstag, den 12. März, abends 8 Uhr im Lokal „Goldenes Kreuz“ Versammlung.

Settin. Sonntag, den 13. März, Familien-Unterhaltungabend in der „Alten Liedertafel“, Gustav-Adolfstr. 1-3. Anfang abends 6 Uhr.

Thale a. Harz. Sonntag, den 20. März, nachmittags 3 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung im „Braunen Tisch“ mit Vortrag von Herrn Lehrer Seeboth. Die Frauen der Kollegen sind freundlichst eingeladen.

Wasserfahrungen. Sonntag, den 13. März, nachm. 8 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Sängerkasse. Vortrag: Kranken-Versicherungs-gesetz. An- und Abmeldung in Krankheitsfällen sind zu machen beim 2. Vorsitzenden Anton Ott, Lammgasse. Unterstützungen werden nur ausbezahlt Samstags abends von 8-9 Uhr und Sonntags mittags von 12-1 Uhr beim Kassierer Jol. Nagel, Schmiebgasse.